

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die 4-spaltige Kompartimente 30 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 4. September 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Beilegung des Pariser Zwischenfalls.

Minister de Monzie spricht sein Bedauern aus.

Paris, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Im französischen Außenministerium...

Nach vermittelnden Worten des Vorsitzenden, Prof. Richet, hat Löbe heute nachmittag...

Der Präsident des Deutschen Reichstages hatte auch eine längere Aussprache mit Doumergue...

Löbes Rede.

Reichstagspräsident Löbe führte unter stürmischem Beifall u. a. aus: Ich komme...

Cleve nicht geräumt.

Die Besatzung nur im Mandöver.

Brüssel, 3. September. (Belgische Telegr.-Agentur.) Das in Cleve stehende vierte belgische Infanterieregiment...

Cleve gehört zur nördlichen Besatzungszone, die nach den Versailler Bestimmungen schon am 10. Januar d. J. zu räumen gewesen wäre...

Einfuhrscheine ab 1. Oktober.

Annahme der Verordnung durch den Reichsrat.

Der Reichsrat hat gestern nachmittag die Verordnung über Einfuhrscheine in einer neuen Fassung angenommen...

Die Einfuhrscheine werden danach vom 1. Oktober an uneingeschränkt in Gültigkeit treten.

Diese Verordnung, die notwendig zu einer Preissteigerung für Getreide und Hülsenfrüchte...

Ein Riesentrust im Werden.

Zusammenschlußtendenzen in der Montanindustrie.

Solingen, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Innerhalb der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie...

daß die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich nicht nur aus moralischen und intellektuellen...

Anerkennung unserer Arbeit.

Paris, 3. September. (Eig. Drahtber.) Aus Anlaß der Anwesenheit des Reichstagspräsidenten...

ist, einen Zusammenschluß zustande zu bringen. Diese fünf Konzerne gehören zu den größten Werken der rheinisch-westfälischen Industrie...

Der Untergang der 'Shenandoah'.

Bericht eines Teilnehmers der Unglücksfahrt.

Washington, 3. September. (WTB.) Oberst Hall, der sich als Vertreter der amerikanischen Armee...

Weitere Nachrichten im lokalen Teil dieses Blattes.

Amerika und China.

Kellogg zeigt Entgegenkommen.

Washington, 3. September. (WTB.) Staatssekretär Kellogg erklärte vor der Jahresversammlung...

Um das Parteiprogramm.

Bemerkungen zum Entwurf der Programmkommission.

Von Robert Schmidt.

Der Entwurf eines Programms ist geeignet, theoretische Auffassungen zu berühren...

Aber es sind wohl weniger Fragen theoretischer Meinungsverschiedenheiten...

Ein Fehler des Entwurfs scheint mir der zu sein, daß er nicht in klarer, leicht faßlicher Art...

Meine Betrachtungen wenden sich dem ersten wichtigen Teil zu, der die theoretische Auffassung...

Im ersten Absatz des Entwurfs wird die verringerte Bedeutung des Kleinbetriebes...

Gleichzeitig wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen.

Dieser Satz besteht in einem nicht recht verständlichen Zusammenhang mit dem Vorausgesetzten...

Mit der gesteigerten Produktion wurde auch zugleich die Aufnahmefähigkeit des Marktes erweitert...

In dem folgenden Satz heißt es dann: Der Siegeszug des Kapitals hat die Massen der Produzenten...

Warum von einem 'Siegeszug des Kapitals' reden? Hieße es nicht richtiger...

Wir müssen eine Erklärung dafür haben, warum die Schicht der Lohnarbeiter ständig gewachsen ist...

Im zweiten Absatz des Programmentwurfs wird auf die Zunahme der Angestellten, Beamten und Intellektuellen hingewiesen...

Im zweiten Absatz des Programmentwurfs wird auf die Zunahme der Angestellten, Beamten und Intellektuellen hingewiesen...

Im zweiten Absatz des Programmentwurfs wird auf die Zunahme der Angestellten, Beamten und Intellektuellen hingewiesen...

Im zweiten Absatz des Programmentwurfs wird auf die Zunahme der Angestellten, Beamten und Intellektuellen hingewiesen...

Im zweiten Absatz des Programmentwurfs wird auf die Zunahme der Angestellten, Beamten und Intellektuellen hingewiesen...

Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie (die Angestellten, Beamten und Intellektuellen) immer mehr ihre bisherige privilegierte Stellung und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein.

So allgemein gefaßt wäre die Feststellung sehr in Zweifel zu ziehen. Zunächst bestand wohl auch früher die privilegierte Stellung dieser Berufsstände nur für die in gebodener Stellung, daran hat sich auch gegenwärtig nichts geändert; die übrigen befanden sich früher in dürftiger Einkommen, und hielten sich sozial in einer gewissen Gleichstellung mit den Lohnarbeitern. Was ihnen fast allgemein fehlte, war die Erkenntnis ihrer Klassenlage. Sehr anzusehen ist aber der Hinweis einer privilegierten Stellung der Beamten von ebendem. Es wird schwer sein, den Nachweis für sie zu führen. Ist aber die privilegierte Stellung des Beamten in seiner festen Anstellung und seiner Pensionsberechtigung zu erkennen, dann bleibt sie auch gegenwärtig bestehen. Man kann also nun behaupten, daß ein großer Teil der Angestellten, Beamten und Intellektuellen sich in der sozialen Stellung der Lohnarbeiterschaft nähert und vielfach nicht darüber hinausgelangt, sowie ökonomisch sich in starker Abhängigkeit befindet.

Im dritten Absatz heißt es einleitend:

Hand in Hand mit der Monopolisierung der Produktionsmittel geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit.

Warum bleibt man nicht bei der früheren Bezeichnung „Konzentration des Kapitals“ statt „Monopolisierung der Produktionsmittel“? Verwirren wir nicht den üblichen Begriff des Monopols, unter dem wir uns vorstellen die Leitung und Beherrschung einer Industriegruppe oder eines einzelnen Unternehmens, das weit die Konkurrenz der kleinen Betriebe überragt. Indes was der Entwurf auch unter „Monopolisierung der Produktionsmittel“ versteht, gibt keine erschöpfende Erklärung für das Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Die eigentliche Ursache ist die technische Entwicklung, die die Steigerung der Produktion riesenhaft anwachsen ließ und dem Großbetrieb die schnelle Entfaltung gab. An zweiter Stelle erscheint dann erst der Einfluß der organisatorischen und geschäftlichen Vorteile, die der Großbetrieb ausnutzte, um weiter zur Hebung der Produktion beizutragen.

Glücklicher scheinen mir nun die folgenden Abschnitte des ersten Teils formuliert, sie geben altbekannte Ideen wieder und dürften wohl am wenigsten angefochten werden. Anders verhält es sich mit dem zweiten Teil, der die Forderungen auf politischem, sozialem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet enthält. In dem Bemühen, möglichst kurz die Richtlinien anzugeben, die von der Partei eingeschlagen werden müssen, ist man zu sehr in allgemeinen Wendungen stecken geblieben. Das ist zu bedauern. Gerade diese Tagesfragen erfordern eine festumgrenzte Darstellung dessen, was wir erstreben.

Der Parteitag wird sehr genau zu prüfen haben, ob er nicht die Kritik noch mehr zu Worte kommen lassen will, bevor er das ebenso wichtige wie schwierige Werk der Formulierung eines neuen Programms zum Abschluß bringt.

Oeffnung der Mottenliste.

Das Uniformgebot vom Jagdausflug nach Oberbayern.

Man soll den Anfängen wehren. Die Artikel 48. Verordnung des Reichspräsidenten, die den Verfall des Verbots des Uniformtragens zur Wiederherstellung der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ befiehlt, ist ein solcher Anfang, dem zu wehren Pflicht gerade der verantwortlichen Reichsregierung gewesen wäre. Aber diese hat durch Dr. Gehler ihre Zustimmung zu der oberbayerischen Reichsverordnung gegeben, obwohl sie wissen mußte, daß die Berufung auf eine angebliche und gar „er-

hebliche Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ in der Gegenwart geradezu eine Verhandlung des Reichstages und des deutschen Volkes darstellt.

Wir haben auf den provokatorischen Charakter dieser Ausnahmeverordnung sofort bei ihrem Erscheinen mit aller Deutlichkeit hingewiesen. Provokatorisch schon aus dem Grunde, weil sie eine wirklich in unruhigen Zeiten notwendig gewordene Verordnung mit der Begründung aufhebt, daß diese frühere Verordnung die „öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet!“ Provokatorisch auch deshalb, weil sie ein im Reichstag zur Beratung stehendes Gesetz vorwegnimmt und damit die gesetzgebende Körperschaft durch den Ausnahmeanartikel der Verfassung einfach beiseite schiebt.

Auf diesen Charakter der Hindenburg-Verordnung macht jetzt auch die „Frankfurter Zeitung“ aufmerksam. Wir entnehmen den längeren Ausführungen die folgenden Sätze:

Sag es im Interesse des Reichspräsidenten, gerade mit dieser Verordnung zum ersten Male so hervorzutreten? Gewiß trägt der Reichswehrminister, der gegenzeichnet, die rechtliche und politische Verantwortung. Man weiß auch nicht, von wem die Initiative ausgegangen ist. Aber Aufhebung wie Erlass von Rotverordnungen sind eben nach der Verfassung in besonderem Maße Sache des Reichspräsidenten und mancher wird finden, daß dieser in Oberbayern vollzogene Regierungssatz ganz danach aussieht, als seien die Bedenken gegen Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten trotz seiner bisherigen Zurückhaltung doch nicht ganz unberechtigt gewesen.

Das Uniformgebot durch Offiziere der alten Armee war 1921 auf besondere Fälle beschränkt worden, weil sich Mißstände ergeben hatten. Sachlich ließe sich die Aufhebung der damaligen Verordnung nur damit begründen, daß jene Mißstände fortgefallen seien. Aber hat nicht der Reichswehrminister erst vor wenigen Wochen die Vorlage eines Gesetzentwurfs über diese Materie gerade umgekehrt zu rechtfertigen gesucht durch die Feststellung, daß mit dem Anlegen der alten Uniform „größlicher Mißbrauch“ getrieben werde? ... Das war im Juli. Und jetzt wird von Dietrichs aus am 26. August ohne irgendwelche neuen Kaufleute jene Verordnung einfach befristet. Erwägt daraus der Regierung nicht die Pflicht, dem Volke gegenüber alsbald nachzuweisen, inwiefern die damals noch beflagten „größlichen Mißbräuche“ inzwischen verschwunden seien? ...

Der tatsächliche Zweck dieses Affronts ist ja einigermassen durchsichtig. Die Annahme der Regierungsvorlage war bisher zweifelhaft; um so zweifelhafter, weil sie eine verfassungsändernde Mehrheit erfordert. Man befürchtete, die Opposition werde sich gegen, gegenüber einem schlechten Gesetz — nicht bloß die Sozialdemokraten, sondern auch die demokratische Fraktion fand Herrn Gehler's Vorlage unzureichend und bedenklich — sei die bisher in Kraft stehende vorläufige Regelung immer noch das kleinere Uebel. Deshalb wird jetzt diese vorläufige Regelung kurzer Hand befristet. Es ist nicht schön zu sehen, daß der Reichspräsident zu einer solchen Prellerei sich hergibt. In jedem Falle scheint uns dies eine Methode zu sein, gegen deren Anwendung nicht bloß die Parteien der Opposition scharfe Verwahrung einlegen sollten. Der ganze Reichstag müßte es als einen politischen Skandal empfinden, wenn man in dieser Weise mit ihm umspringt. ...

Zweifellos wird die oberbayerische „Verordnung zur Oeffnung der Mottenliste“ im Reichstag zur Sprache gebracht werden. Und es wird sich dann ja zeigen, ob der ganze Reichstag wirklich als Skandal empfindet, daß man ihn einfach beiseite schiebt, als ob er gar nicht da wäre.

Die verbotenen Reichsfarben.

Zu Reichswehrgebäuden.

Unter der Ueberschrift „Reichswehrleutnant gegen Reichsflagge“ haben wir letzthin berichtet, daß einem Republikaner in Kassel, der in einem reichswehregenen Haus wohnte, das Aushängen schwarz-rotgoldener Fahnen vom Kofertenvorstand Leutnant v. Rogister verboten wurde; als der Mieter dem hausherrlichen Verbot nicht folgte, sondern am Verfassungstage erst recht die Fahnen der Re-

publik wehen ließ, entfernte der Leutnant, der in der Wohnung nur eine Frau antrat, die Fahnen.

Diese militärische Aktion wird vom Reichswehrministerium mit einem Erlass des Reichswehrministers Dr. Gehler vom 16. Juni d. J. begründet, wonach die Reichswehr lediglich die Reichsflagge an ihren Gebäuden zu hissen habe und jede andere Fahne an solchen Gebäuden, auch von Mietern, nicht gehißt werden dürfe, damit der „reichswehregene“ Charakter dieser Gebäude nicht vermischt und der unpolitische Charakter der Reichswehr gewahrt werde. Man habe in Lübben einem Reichswehrmiete auch das Schwarzweißrotflaggen verboten. Gewalt soll v. Rogister nicht angewendet haben.

Die Reichsflagge ist ja nun, dank den weniger entschlossenen Bestandteilen der Weimarer Versammlungsmehrheit, wie man weiß schwarzweißrot, entspricht also — bis auf geringe Einzelheiten, die auf größere Entfernung verschwinden — der früheren Monarchie- und jetzigen Monarchistenfahne. Ein Republikaner, der in einem „reichswehregenen“ Hause wohnt — wie schlecht sich da doch der gute alte Militärstus wieder herein! — darf seine Sympathie für die Republik, deren Verteidigung die beschworene Pflicht der Reichswehr ist, nicht durch Flaggenhissung kundgeben.

Von Rechts wegen. In der deutschen Republik. Gezeichnet Gehler. Demokrat.

Preussische Kulturfragen.

Verhandlungen im Hauptausschuß.

Die Verhandlungen im Hauptausschuß des Preussischen Landtages über den Etat des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung verdienen mit Recht das lebhafteste Interesse weitester Kreise der Bevölkerung. Die Auseinandersetzungen, die für die Erziehung und Bildung unserer heranwachsenden Generation große Bedeutung haben, sind allerdings bis jetzt durchweg durchaus ruhig verlaufen. Immerhin, es ist ein zäher, unerbittlicher Kampf um unsere Jugend und um die Zukunft, der hier ausgefochten wird. Das eine aber darf bereits vorweggenommen werden: Das Ministerium Beder wird gehalten.

Das Hauptinteresse konzentriert sich naturgemäß — nach dem Austritt Dr. Birchs — auf das Zentrum. Diese Partei ist sehr vorsichtig im Vorstufen, wie weit sie die konfessionelle Kulturpolitik im Kräftefeld durchsetzen kann, um nach rechts als Kompromiß ihre Bindungen aufrechtzuerhalten. Es ist für die Gestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse wie ein Symbol: Neben dem Minister Dr. Beder, der sich zur Demokratie bekennet, sitzt der katholische Staatssekretär Lammers. Diese Machtposition, die sich das Zentrum als tattisch mandatorische Mittelposition in der preussischen Kulturpolitik errang, liegt natürlich den Deutschnationalen schwer im Magen. Aber soweit geht das Liebeswerben um das Zentrum, daß die Rechte im Augenblick den Gegensatz zwischen konservativem Protestantismus und dem Katholizismus flüchtig nicht zum Austrag bringt. Bis jetzt wenigstens ist merkwürdigerweise kein Angriff der Deutschnationalen gegen die Machtposition des Zentrums erfolgt.

Das Zentrum hat in den verflochtenen vier Tagen der ausgedehnten Kulturdebatte — in der Hauptsache durch den sehr geschmeidigen Professor Dr. Kaufner — einen starken Vorstoß gegen die paritätischen höheren Schulen unternommen. Der Einfluß des Zentrums im Ministerium zeigt sich besonders in dem Verlangen der Regierung, drei konfessionelle pädagogische Akademien für Lehrerbildung zu errichten.

Ein Antrag der Sozialdemokraten und Demokraten auf Errichtung von Simultan-Akademien wurde abgelehnt. Auch ein Antrag unserer Genossen, vier solcher Anstalten zu errichten und davon zwei als Simultan-Akademien auszubauen, verfiel der Ablehnung. Leiber haben in diesem Falle auch die Demokraten dagegen gestimmt. Ja, sogar ein Antrag der Volkspartei, eine Simultan-Akademie in Frankfurt a. M. zu errichten, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Hier haben die Kommunisten bemußt Sabotage getrieben, denn dieses Ergebnis wurde nur durch deren Stimmhaltung ermöglicht. Sie haben sich damit in bewußten Widerspruch zu der Haltung ihrer Parteifreunde in Frankfurt gesetzt, die dort zusammen mit den übrigen Parteien

Arzt und Patient.

Oberrechtsanwalt Ebermayer hat unter diesem Titel die verschiedenen juristischen Fragen, die den Arzt betreffen und von ihm als juristischem Mitarbeiter in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ besprochen werden, zusammengefaßt und wir wollen in folgenden nur einige Proben aus dem Kapitel bringen, die die Einstellung der deutschen Ärzteschaft zum Proletariat widerspiegeln.

So hat das Berliner Ehrengericht, als Hüter der „berühmten ärztlichen Standeswürde und Standesehre“ entschieden, daß man dem Arzt zugeben könne, die Klassenpredigten an einem anderen Orte zu halten, als die Privatprechstunde, oder auch an einem von Ort seiner Privatprechstunde verschiedenen Ort eine Poliklinik für Unbemittelte zu errichten und lediglich dort, nicht aber in der Privatprechstunde Klassenpatienten zu behandeln.“ Noch sozialer empfindet der badische ärztliche Ehrengerichtshof, der „das Abhalten von Sprechstunden für Unbemittelte für standesunwürdig erklärt“. Den Bogelhof natürlich wieder der preussische Ehrengerichtshof ab, der 1914 einen Arzt verurteilte, weil er eine die Anwendung von konzeptionsverhütenden Mitteln öffentlich anpreisende Broschüre herausgegeben hatte. Der GGH. erblüht darin einen Verstoß gegen die Standesehre. An der Urteilsbegründung heißt es, daß „wer, wie der Angeklagte, eine möglichst ausgiebige Geburtenverhinderung als das allseitige Heil verkündet, sich der Aufgabe des Arztes entziehe, innerhalb seiner Tätigkeit auch die ethischen Gesichtspunkte zu beachten.“ Bei einer solchen volkstümlichen Auswirkung der ärztlichen Standesehre, kann es nur Wunder nehmen, daß vor dem Kriege nicht häufiger die sozialdemokratischen Ärzte von der reaktionären ärztlichen Clique wegen ihrer Weltanschauung bestraft wurden, denn die Ehrengerichte wurden mit dem hauptsächlichsten Zweck gegründet, das Eindringen des „sozialdemokratischen Giftes“ in Kreise zu verhindern. So brachte es 1911 ein G. O. fette, die Form, in der ein sozialdemokratischer Arzt seine Anweisungen zu Gebor brachte, als eine ehrenrührig strafbare Verletzung darzustellen. Deshalb wurde der Angeklagte, der als Vorstand eines sozialdemokratischen Vereins in einer öffentlichen Versammlung die Polizei schwer beleidigt, ihr strassenüberliches Benehmen vorgeworfen hatte, der Verletzung der Pflicht, sich auch außerhalb des Berufes der Achtung würdig zu zeigen, die sein Beruf erfordert, für schuldig erachtet.“

Dagegen entspricht es der sozialen Auffassung des sächsischen GGH. von der ärztlichen Standesehre, daß „einem Arzte nicht zugemutet werden kann, auch außerhalb der Sprechstunde zu jeder beliebigen Tageszeit (hier handelte es sich um 1/2 Uhr abends) jedem beliebigen Kranken, der sich bei ihm melden läßt, zur Konsultation zur Verfügung zu stehen, die (berühmten) dringenden Fälle natürlich ausgenommen.“

Diese wahllos aus einem großen Material herausgegriffenen Fälle zeigen, wie berechtigt der Kampf des sozialdemokratischen Ärztesbundes gegen diese reaktionären Ehrengerichte ist. Selbstverständlich bekämpft die deutsche Ärzteschaft in ihrer großen Mehrheit die Aufhebung der §§ 218—220. Hier wollen wir nur einige Ausprägungen

wiedergeben, die sehr gut die Mentalität der „berufenen Hüter der Volksgesundheit“ widerspiegeln. So schreibt ein Dr. Max hier über dieses Problem in einem Tontafel, der nicht einen Arzt, sondern einen Geistlichen vermuten läßt. „Die bedinglose Aufhebung des Fruchtabtreibungsparagrafen hieße den Menschen mit Bezug auf den Geschlechtstrieb und seine Befriedigung jeglicher Verantwortlichkeit entkleiden, hieße eine Schranke niederreißen, deren Mauerwerk beim Sturz die Menschheit und vor allem die Frau selbst schwer verenden würde.“ Bei dieser Einstellung zu den dringenden Rufen der breiten Massen trennt eine Welt die sozialdemokratischen Ärzte von den „berühmten“ berufenen Hütern der Volksgesundheit. Auf dem gleichen Niveau stehen die Ausführungen von Prof. Scheich, die eine wertvolles Dokument für das immer betonte, angeblich so soziale Empfinden und Verständnis der deutschen Ärzte sind. Er schreibt: „Es ist mir unbegreiflich, wie es Ärzte geben kann, welche einer solchen Forderung (Aufhebung des § 218) zustimmen und sie noch mit Argumenten aller Art unterstützen und übertrumpfen.“ Er geht davon aus, „daß für den Arzt die sozialen und ökonomischen Härten dieser Angelegenheit nicht in Frage kommen, den Arzt von Berufswegen nichts angehen, in den Bereich der Juristen und Rationalökonomien gehören.“

Mit großen Behagen stellt deshalb Herr Ebermayer am Schluß dieses Kapitels fest, daß „Schleich mit seiner schroffen Ablehnung der Freigabe der Abtreibung keineswegs allein in der Ärzteschaft stünde, vielmehr teilen viele Ärzte — man darf wohl sagen, weitaus die Mehrheit — erzieherweise seinen absehnenden Standpunkt.“ Diesen Geständnissen reaktionärer Geminnung und getriebebedürftigen des Proletariats durch die sogenannten intellektuellen Schichten des Bürgeriums braucht kein weiteres Wort hinzugefügt zu werden. Dr. med. Robert Marg.

Die Pawlowa und der moderne Tanz.

Am Mittwoch tanzte die Pawlowa in der Krolloper ein Programm, das außer dem „Sterbenden Schwan“ nur neue Nummern brachte. Der Eindruck des ersten Abends modifiziert sich ein wenig. Der Eindruck eines Menschen, in dem der für uns abgestorbene Geist des Balletts wieder lebendig geworden ist, nicht künstlich rekonstruiert, sondern ganz echt und urwäldig lebendig geworden ist. Die Russin ist ein Kotolesigürchen mit der angeborenen Grazie, dem gepreizten Rosettieren und zierlichen Schöntun des galanten Zeitalters. Sie gab auch anderes: einen Chopin'schen Walzer und russische und orientalische Sultane. Und da sie eine große pantomimische Verwandlungskünstlerin ist, gelang ihr auch hier die Lösung bis zum fast vollkommenen Eindruck der Echtheit. Aber das waren Gebärden, die man spielen kann. Ganz sie selbst, ganz wirklich und unzerlegt war sie doch nur in dem Pas de deux, das sie mit Alexander Pawlowa tanzte. Die Armut, Zartheit, Niedlichkeit und Eleganz eines Altmexicaner Porzellanpüppchens feierte hier eine wunderbare Auferstehung, füllte sich mit Leben, Blut und Geist. Welch Schauspiel! Aber, ach, für uns ein Schauspiel nur! Sobald die Erscheinung vorüber, das Bild zertrümmert, bleibt nichts, nichts übrig. Kein Rhythmus schwingt in unserer Seele nach. Leerheit.

Dem das Leben, das sie lebt, liegt uns welkenjerrn, das Blut, mit dem sie ihre Gestalten füllt, ist nicht das Blut, das in unseren Adern rinnt, ihr Geist ist nicht der Geist unserer Zeit. Schon der Frauentypus, den sie verkörpert, erscheint uns fremd, läßt uns fast in seiner Geziertheit, Gefährlichkeit, Unnatur, Affektation. Die Erotik unserer Zeit wird und wirkt mit anderen Mitteln. Und Erotik ist im Grunde alles, was die Pawlowa, was das Ballett will und gibt. Wir heute leben in einer anderen Zeit. Jeder Tanz der Wigman erschließt uns eine Welt, eine tiefe, ernste Welt. Unsere Welt.

Den neuen Tanz, der in Deutschland entstanden ist, kannte die Russin bisher nicht. Jetzt hat sie ihn kennen gelernt. Die von Max Terpis modernisierte Tanzgruppe unserer Staatsoper hat dem gefeierten Gast zu Ehren gestern eine intime Matinee im alten Opernhaus unter den Linden veranstaltet. Nach dem mir bekannten Programm zu urteilen war die Veranstaltung sehr geschickt arrangiert. Alle Eigenheiten und Vorzüge des neuen Stils müssen lehrreich zu Tage getreten sein: der rein seelische Ausdruck der bewegten Form; die Raumgestaltung und Raumbewehrung durch rhythmische Körperbewegung; der organische, logische, in sich gefestigte Aufbau jeder Komposition; Klarheit in der Gruppenbildung, in Ballung, Lockerung, Lösung; die stilistische Einheit des gesamten Bühnenbildes. Strenges Pathos, leichte Beschwingtheit, Ernst, Humor, Groteske. Die Pawlowa hat sich, wie ich höre, mit rückhaltloser Bewunderung ausgesprochen. Namentlich die Phantasie und der Geist des Choreographischen hat ihr einen starken Eindruck gemacht. Und sie ist der Meinung, daß Zusammenhänge zwischen dem Alten und Neuen bestehen. Daß sie aus dem Ergebnis dieses Vormittags etwas für ihr Schaffen hat gewinnen können, glaube ich nicht. Sicher aber wird sie jetzt verstehen, weshalb wir bei aller schuldigen Anerkennung und Bewunderung der persönlichen Leistung ihre Kunst als Ganzes ablehnen. John Schitowski.

Neueste Modeverrücktheit. In dem Bestreben, der Kasakmode eine neue Seite abzugewinnen, ist ein großes Pariser Modehaus auf den Gedanken verfallen, den unteren Teil dieses weiblichen Kleidungsstückes mit einer großen Brieftasche zu versehen, die die Farben des Originals trägt. Die aus Seide gefertigten Marken werden mit einem schwarzen Leberdruck in der Art eines amerikanischen Poststempels versehen. Die Marken werden jetzt von den Fabriken, die Seidenstoffe für Kasaks liefern, im großen angefertigt und gleich mitgeliefert. Die Anbringung der Marken erfolgt auf dem in breite Falten gelegten unteren Teil des Kasaks genau auf der Hälfte. Um der Sache noch mehr Reiz zu geben, wird die Marke zwischen den Falten so angebracht, daß sie erst sichtbar ist, wenn sich die Trägerin bewegt. Nach Belieben der Trägerin wird statt des Stempels auch ihr Vorname oder ihr ganzer Namenszug aufgedruckt. Es gilt aber für „schick“, eine Marke mit dem Aufgabestempel „London“ oder „Paris“ zu tragen. Noch besser „Düsseldorf“.

Oper am Königsplatz. Heute und morgen finden die beiden letzten Pawlowa-Gastspiele statt.

Arbeitsrecht und Sozialreform.

Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses.

Die Entschließung des Gewerkschaftskongresses zur Sozialgesetzgebung hat folgenden Wortlaut:

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands fordert von neuem den Ausbau eines einheitlichen, wirklich sozialen Arbeitsrechts. Er bedauert auf das lebhafteste, daß die Vorarbeiten für ein Gesetzbuch der Arbeit eingestellt sind, und daß die Gesetzgebung der neueren Zeit nicht auf Vereinheitlichung des Arbeitsrechts, sondern auf Vermehrung der Zerstückelung eingestellt ist.

Als besonders dringend erachtet der Kongress die Schaffung eines Arbeitsvertragsgesetzes, eine den Interessen der Arbeitnehmer entsprechende einheitliche Zusammenfassung aller den Arbeitsvertrag betreffenden Bestimmungen unserer Gesetzgebung; ebenso die Schaffung eines Tarifvertragsgesetzes, das aufgebaut ist auf den im § 165 der Reichsverfassung und im § 1 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 ausgesprochenen Grundsätzen, daß nur die Gewerkschaften die Träger kollektiver Vereinbarungen mit tariflicher Wirkung sind.

Der Gewerkschaftskongress protestiert gegen die durch das gegenwärtige Schlichtungswesen geschaffene Beschränkung des Koalitionsrechts, er fordert größere Sicherungen bei Verbindlichkeitsverpflichtungen und

Beseitigung der Hemmungen bei der Durchführung von Streiks.

Der Kongress fordert die baldige Verwirklichung der Arbeitsgerichte als Sondergerichte unter maßgebender Beteiligung der Arbeitnehmer.

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung fordert der Kongress die schnellste Schaffung einer Arbeitslosenversicherung, durch deren Leistung den Erwerbslosen eine nach Höhe und Dauer ausreichende Unterstützung zu gewährt ist, auf die der Erwerbslose einen Rechtsanspruch hat. Die Versicherung muß alle Arbeitnehmer erfassen, und ihre Durchführung muß einheitlich in engster Anlehnung an den öffentlichen Arbeitsnachweis und in dringlicher, bezirkslicher und zentraler Gliederung unter paritätischer Selbstverwaltung erfolgen. Soweit Kostensarbeiten ausgeführt werden, ist den hierbei Beschäftigten der für Arbeiten gleicher Art geltende Tariflohn zu zahlen.

Durch das Verlangen einer Arbeitslosenversicherung löst der Kongress die alte Forderung auf Vereinheitlichung der Sozialversicherung unberührt. Er erhebt sie vielmehr auf neue. Er verlangt, daß die Arbeitslosenversicherung so eingerichtet wird, daß sie sich in das Gebäude einer allgemeinen Sozialversicherung eingliedern läßt. Von der

Vereinheitlichung der Sozialversicherung

zur Entscheidung über die Beschwerde auszugehen. Durch die Erhebung der Gebühr darf die Bearbeitung dieser Angelegenheit nicht aufgehalten werden. Grundfähig ist, soweit es sich nicht um die Aushändigung von Urkunden, wie Zeugnisse, Ausweise, Pässe u. dergl. handelt, die Gebühr nicht vorzuschütze zu erheben, besonders nicht bei Erteilung eines abkündigenden Bescheides. Die Festsetzung einer Gebühr, insbesondere innerhalb eines gegebenen Rahmens, hat so zu erfolgen, daß sie nicht als Schikane oder Strafe empfunden werden kann.

Luthers Friedensmiete.

Preußen läßt sich Zeit.

Die preussische Regierung teilt gegenüber den Brestmeldungen, die von einer weiteren Steigerung der Mieten zu berichten wußten, u. a. folgendes mit: Das Staatsministerium hat zu der Frage der Erhöhung der gesetzlichen Miete noch nicht Stellung genommen. Soweit aber die Frage der Vorlage eines Gesetzesentwurfs wegen Abänderung der Hauszinssteuerordnung in Frage kommt, sind infolge der durch das Finanzausgleichsgesetz vom 10. August 1925 bedingten Änderungen entsprechende Vorarbeiten in den Ministerien im Gange. Die Frage aber, ob in dem dem Landtag vorzuliegenden Gesetzesentwurf auch eine Steigerung der Hauszinssteuererläge vorgesehen ist, wird erst vom Staatsministerium in Verbindung mit der Frage der Steigerung der gesetzlichen Miete entschieden werden können.

Reichsbanner im Saargebiet.

Das erste Ebert-Denkmal steht im Saargebiet.

Saarbrücken, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes hat an die Demokraten und die Zentrumspartei im Saargebiet die Aufforderung gerichtet, mit ihr gemeinsam die Gründung eines saarländischen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vorzunehmen. Die Demokratische Partei ist diesem Ersuchen nachgekommen, während vom Zentrum trotz zweimaliger Aufforderung bisher eine Antwort nicht erfolgt ist. Die Sozialdemokraten und Demokraten sind entschlossen, falls der Reichstagsrat im Zentrum die Oberhand erhalten sollte, auch ohne Zentrum die Gründung eines saarländischen Reichsbanners durchzuführen.

Das erste Friedrich-Ebert-Denkmal, im Walde von Herrensohr, mitten im Saargebiet gelegen, von der Ortsgruppe Herrensohr der SPD. aus eigenen Mitteln und durch eigene Arbeit errichtet, wird in Gegenwart des Reichstagspräsidenten, Genossen Löbs, und des französischen Genossen Paul Faure, Generalsekretär der französischen Sozialistischen Partei, enthüllt. An der Feier werden außerdem die Demokraten und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold der benachbarten Gauen Pfalz und Rheinland teilnehmen.

Die Juristenkonferenz.

Trotz großer Schwierigkeiten Hoffnung auf Verständigung.

London, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Juristenkonferenz hat am Donnerstag wieder zwei Sitzungen abgehalten, über deren Verlauf man erstahet, daß die Diskussion wieder eine Reihe großer Schwierigkeiten aufzeigte. „Daily Telegraph“ glaubt, daß die Konferenz trotz der Schwierigkeiten am Freitag oder Sonnabend ihre Beratungen mit einer vorläufigen nichtbindenden Vereinbarung abschließen kann.

Der Stand der Verhandlungen.

London, 3. September. (W.T.B.) Während „Daily News“ hervorhebt, daß man gemeinsam beschlossen habe, keine Mitteilungen über den Verlauf der Juristenkonferenz zu veröffentlichen und nur von einem guten Fortschreiten der Erörterungen meldet, schreibt der diplomatische Berichtsfahrer des „Daily Telegraph“: Die gestrigen Erörterungen waren, wie verlautet, sehr verwickelt und bezogen sich auf rechtliche Fragen. Während aller Beratungen hat jedoch eine kollegiale Stimmung geherrscht und selbst zwischen dem deutschen und französischen Vertreter hat sich ein Geist gegenseitiger Anpassung gezeigt. Dr. Gans hat hartnäckig seinen Standpunkt vertreten, wenn er die Ueberzeugung hatte, daß der Wortlaut oder die Grundsätze des Paktes

erwartet der Kongress nicht lediglich den organisatorischen Zusammen-schluß der verschiedenen Berufsgruppen, sondern auch die Erweiterung des Kreises der Versicherten und den Ausbau der heute vielfach unzulänglichen Leistungen.

Einstimmig wird auch ein Antrag des Metallarbeiterverbandes Chemnitz angenommen, der eine Abänderung des § 123 Abs. 8 der Gewerbeordnung (Entlassungsschutz) verlangt. Auch eine von mehreren weiblichen Delegierten eingebrachte Entschließung zur Wochenhilfe wird einstimmig angenommen, die gegen die Verkürzung des Wochenlohnes protestiert.

Eine Entschließung zum Reichshandwerks-gesetz wendet sich gegen den unerbittlichen Referentenentwurf, der mit dem gesetzlichen Zwang zur Bildung der Fachorganisation des Handwerks und unter der Verleihung des öffentlichen Rechts gegenüber den auf freiwilligem Beitritt beruhenden Organisationen der Handwerks-gesellen und Lehrlinge einen doppelten Rechtsboden schafft. In der Ueberweisung der Behringsausbildung an die Zwangs-organisationen erblickt die Entschließung eine Vorwegnahme des Berufs-ausbildungs-gesetzes. Durch den Entwurf werde die Einheitlichkeit des Arbeitsrechts verhindert.

Eine Reihe weiterer Anträge wird durch die angenommenen Entschließungen als erledigt angesehen. Eine größere Anzahl von Anträgen, speziell verschiedener Metallarbeiterverwaltungsstellen, wird dem Bundesvorstand als Material überwiesen. Ablehnung gegen zwei bis drei Stimmen finden die kommunistischen Anträge auf Unterstützung der Roten Hilfe.

Die Anträge, für Amnestierung der politischen Gefangenen einzutreten, werden durch den Hinweis von Tarnow als erledigt angesehen, daß die freien Gewerkschaften in Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei dauernd für die politischen Gefangenen eingetreten seien und auch weiter eintreten würden.

Mehrere Anträge auf Verpflichtung aller freien Gewerkschaften, nur Arbeiterparteivereinen anzugehören, werden gleichfalls durch eine Erklärung erledigt, wonach die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Arbeiterparteivereinen selbstverständlich sei, ein Zwang auf die einzelnen Mitglieder aber statutenwidrig wäre.

Schließlich wird der kommunistische Antrag abgelehnt, morgen einen Bericht von der Sowjetregierung anlässlich der inzwischen zurückgetretenen „Rußland-Delegierten“ entgegenzunehmen, weil diese Delegation in keinerlei Auftrag und Verbindung mit den Gewerkschaften ihre Reise gemacht und ihre Reihohde gewählt habe.

Damit war die Donnerstagssitzung beendet, da der Nachmittag für einen gemeinamen Ausflug frei blieb.

oder seiner Anhänger nicht genügend dem Grundgesetz der Gegenseitigkeit, der ihm und der deutschen Regierung am Herzen liegt, entsprächen. Dr. Gaus fühlte sich auch gezwungen, der öffentlichen Meinung in Deutschland und Vorurteilen, an die sich rußland-freundliche Teile dieser öffentlichen Meinung in Deutschland auch weiterhin klammern, Rechnung zu tragen. Trotz der erpresserischen Art und Weise, mit der Moskau die Wirtschaftsverbände abgebrochen hat und trotz sonstiger Einschränkungen wird von allen gegeben, daß Dr. Gaus geschmeidig und reich an eigenen Gedanken und Formeln ist, denen eine umfassende Beratung gewidmet wurde. Der Korrespondent muß zugeben, daß es für einen Mann unwöglich ist, sich mit den einander widersprechenden Arten von Schieds- und Ausgleichssystemen zu befassen, die die Sachverständigen jetzt miteinander vergleichen, und daß es ebenso unwöglich ist, das Wie und Warum der deutschen und der alliierten Vorkämpfer zu verstehen. Die Sachverständigen haben sich mit Einzelheiten, wie z. B. dem Charakter der Schiedsgerichtsinstanzen und ähnlicher Ausschüsse beschäftigt, die zu Rate gezogen werden müssen (der Völkerbundrat oder der neue Haager Gerichtshof oder etwa zu berufende Gerichtshöfe). Einfacher und vielschichtiger noch größerer Bedeutung ist die Gestaltung des Rheinlandpakt selbst. In dieser Hinsicht nähern sich die Ansichten der juristischen Vertreter der verschiedenen Länder. Obgleich es Sache der Außenminister sein wird, eine endgültige Auswahl unter den von den Alliierten und deutschen Sachverständigen hinsichtlich gewisser vitaler Klauseln bei den verschiedenen vorliegenden Lösungsmöglichkeiten zu treffen, nimmt der Korrespondent doch an, daß Dr. Gaus genötigt gewesen ist, auf Verbesserungen im Text im Zusammenhang mit den Bestimmungen der beiden Definitionen „offensivbedingte Angriffe“ und „individuelle Rechte“ zu dringen. Von größerer Bedeutung ist jedoch, daß auch der belgische Sachverständige Rollin der Ansicht Sir Cecil Hursts beipflichtete, daß keine Großmacht — weder Frankreich noch Großbritannien — das Recht haben soll, für sich selbst über den Zustand eines Konflikts, z. B. eines polnisch-deutschen Konflikts, eine Entscheidung zu fällen und auf diese Weise den Durchmarsch durch die entmilitarisierte Rheinzone zu gestatten oder durchzuführen. Eine Entscheidung darüber muß vielmehr von dem Völkerbund gefällt werden. Frumageot, Frankreich erklärte hierzu, keine Ermächtigung zu haben, über diesen Vorschlag im Namen seiner Regierung, die allein dafür zuständig sei, einen Beschluss zu fassen oder anzunehmen.

Deutschland soll eine Ministerkonferenz ausgrenzen.

Genf, 3. September. (W.T.B.) Die Schweizerische Depesch-Agentur meldet: Nach französischen Informationen besteht man auf Seiten der Alliierten darauf, daß die Anregung zu einer diplomatischen Konferenz zur Besprechung des Paktes von der deutschen Regierung ausgehen müsse.

Die große französisch-spanische Offensive.

Direktes Vorgehen an der Küste gegen die Hauptstadt des Rif.

Paris, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Aus Madrid wird gemeldet, daß die große, mehrfach angekündigte französisch-spanische Offensive gegen den Rif begonnen hat. Die vereinigte französisch-spanische Flotte soll die Küste und vor allem die Hauptstadt des Rif, Al-Djir, einer heftigen Beschließung unterworfen und gleichzeitig die Landungsversuche der Spanier, die an drei Stellen in der Nähe von Al-Djir unternommen worden seien, gebredt haben. Auch um Melilla soll die Kampftätigkeit lebhafter geworden sein.

Der französische Ministerrat hat am Donnerstag vormittag die Entscheidung des Kriegeministers gutgeheißen, der den Marschall Petain mit der obersten Leitung der militärischen Operationen in Marokko betraute. Marschall Petain wird auf diese Weise alleiniger Befehlshaber der französischen Truppen. Der Generalresident von Marokko, Marschall Biauthey, wird am 12. September nach Marokko zurückkehren, um dort in enger Fühlungnahme mit Petain und der französischen Regierung nur noch die politische und verwaltungstechnische Leitung zu führen. Höchstwahrscheinlich wird Biauthey im Oktober wieder nach Paris kommen, um die Regierung über den weiteren Verlauf der Ereignisse in Marokko zu unterrichten.

einstimmig die Errichtung einer solchen Simultan-Akademie gefordert haben. Dieses Vorkommnis ist jedenfalls eine seltsame Illustration zu dem in der „Roten Fahne“ angekündigten Kurswechsel dieser Partei. Es zeigt, was von den Worten der kommunistischen Parteileitung zu halten ist und illustriert treffend ihre „Bündnisfähigkeit“. Vorläufig sind diese auch-Arbeitervertreter noch dabei, auch den kleinsten Fortschritt illusorisch zu machen und Fenster-scheiben zu zertrümmern.

Der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien spiegelt sich auch in den sehr vorächtigen Debatten über die Personalpolitik des Kultusministeriums wieder. Unsere Forderungen, in die Zentralstelle des Ministeriums, in die Schulabteilungen der Regierungen und in die Provinzialschulkollegien Männer und Frauen unseres Vertrauens zu berufen, wurden, wenn man von Demokraten abseht, von keiner Seite unterstützt. Hier kommt wohl fast alles auf die politische Entscheidung der nächsten Zeit in Preußen an. Diese Tatsache scheint uns das hervorstechendste Merkmal der scheinenden Krise in Preußen zu sein, die zur Entscheidung drängt.

Besonderes Beachtliches hatten die Deutschnationalen mit ihrem Redner Delze, der eine schneidige Attacke gegen die beiden „Außenminister“ Lessing und Kestner reiten sollte. Diese beiden „Fälle“ sind in der Öffentlichkeit zu oft erwähnt, als daß es sich lohnte, näher darauf einzugehen. Herr Delze wurde vom Minister unter eisigem Schweigen des Ausschusses graulich „zugebedt“. Zu begrüßen war im Fall Lessing die mit Nachdruck vorgetragene Meinung des Ministers, daß es sich hier um keine persönliche Angelegenheit eines Hochschulprofessors, sondern um eine Frage der Vorfreiheit und der Staatsautorität handelt. Wir dürfen leider nicht hoffen, daß die Epoche der hübschen Verleumdung ehrlicher Republikaner ein Ende gefunden hat. Um so mehr wünschen wir allen Verantwortlichen für die Zukunft die Energie, mit der Dr. Beder sich vor Kestner und Lessing stellt.

Der Ausschuh wird sich in den letzten Tagen der Woche u. a. noch mit der Frage der Kunstorganisation und der Heranziehung begabter Kinder aus der Arbeiterschaft zu beschäftigen haben. Das letztere ist ein Problem, das noch gelöst werden muß. Jedenfalls sind wir bis heute besonders in der Frage der Bildung und Erziehung unserer Jugend noch recht weit vom Ideal wahrer Demokratie, d. h. der vollen Gleichberechtigung, entfernt.

Entpolitisierung der Schule.

Ein Erlaß des preussischen Unterrichtsministers.

Der preussische Unterrichtsminister hat an die Provinzialschulkollegien und Regierungen einen Erlaß zur Entpolitisierung des Schulwesens in Preußen gerichtet. Nach seiner Auffassung hat die „parteiliche Betätigung der Schüler vielfach Formen angenommen, die die staatsbürgerliche Erziehung der Schule gefährden, den Schulfrieden stören und bedauerliche Erscheinungen im Schulwesen herbeiführen, wie Angebereien, Verbüchtigungen, Terror der Mehrheit, Züchtung von Bestimmungslosigkeit“ usw. Bedauerlicherweise habe die Haltung der Schulkinder in der Öffentlichkeit sogar vielfach zu besonderen Maßnahmen der Polizei geführt. Als wichtigste Aufgabe der Schule in dieser Beziehung bezeichnet der Minister, durch verständnisvolle Belehrung aller Beteiligten auf die Entpolitisierung des Schullebens hinzuwirken. Mit Recht betont er, daß die Voraussetzung der Erziehungsarbeit der Schule auf diesem Gebiete die rechte Haltung der Lehrerschaft in diesen Fragen sei, an der es bekanntlich in Preußen, zumal auf den sogenannten höheren Schulen, sehr fehlt. Noch einmal erinnert der Minister daran, daß Schüler keinen Vereinigungen angehören dürfen, die sich gegen den Staat oder gegen die geltende Staatsform richten. „Ich lasse keinen Zweifel darüber“, erklärt der Minister, „daß die Herabsetzung der verfassungsmäßig festgelegten Reichsfarben als eine Herabsetzung der geltenden Staatsform anzusehen ist. Jede Mißachtung der Reichsfarben seitens der Schulkinder ist daher als schwere Verletzung anzusehen, und jedes derartige Vorgehen, insbesondere die Behelligung und Mißhandlung anderer Schüler wegen ihrer Befinnung, ist streng zu bestrafen, gegebenenfalls durch Verweisung von der Anstalt“. Um das Schulleben selbst zu entpolitisieren, untersagt der Minister mit sofortiger Wirkung den Schülern und Schülerinnen das Tragen von Abzeichen, Bändern und anderen Symbolen jeder Art in der Schule selbst und bei Veranstaltungen der Schulen, auch das bloße Mitbringen dieser Abzeichen wird verboten.

Es bleibt abzuwarten, ob dieser neueste Erlaß eine bessere Wirkung ausüben wird als seine verschiedenen Vorgänger.

Einschränkung des Gebührenunfugs.

Ein Erlaß des preussischen Finanzministers.

In der Presse sind vielfach Beschwerden über Härten bei der Erhebung von Verwaltungsgebühren laut geworden. In einem zugleich im Namen des Ministerpräsidenten und aller Staatsminister ergangenen Kundenerlaß des Finanzministers vom 15. August d. Js. (II C. 2233 II) wird nunmehr u. a. angeordnet, daß mit Wirkung vom 1. September d. Js. ab in einer Reihe einzeln aufgeführter Fälle von der Erhebung der tarifmäßigen Gebühr ganz oder zum Teil abzusehen ist. Der Amtliche Preussische Pressedienst weist auf folgende Bestimmungen dieses Erlasses hin, die von besonderer Bedeutung für die Allgemeinheit sind:

Die Entscheidung über die Beschwerde gegen die Erhebung einer Verwaltungsgebühr ist gebührenfrei. Ebenso ist grundsätzlich die Gebühr nach Tarifnummer 3 der Allgemeinen Verwaltungsgebühren-Ordnung für „Bescheide auf Besuche, Anfragen, Anträge und abweisende Bescheide auf Beschwerden“ nicht zu erheben. Die Gebührenpflichtig sind nur Bescheide in Angelegenheiten, welche die Erteilung von Genehmigungen, Erlaubnissen, Ausnahmegewilligungen und ähnliche zum unmittelbaren Nutzen der Beteiligten ergehende Entscheidungen betreffen, wie die in den Sondergebührenordnungen einzeln aufgeführten Amtshandlungen. Da die genannte Tarifnummer 3 überall da anzuwenden war, wo eine Gebühr in den Sondergebührenordnungen (z. B. für die Handels- und Gewerbeverwaltung, die Rechtsverwaltung, die Justizverwaltung) nicht vorgeschrieben ist, so ist jetzt ein großer Teil von bisher gebührenpflichtigen Amtshandlungen gebührenfrei; das gilt insbesondere für alle Zustimmungsverfügungen. Es bedeutet dies eine erhebliche Einschränkung der Erhebung von Verwaltungsgebühren.

Auf dem Gebiete der Wohnungszwangsbewirtschaftung sind gebührenfrei Zustimmungen in Wohnungs- und Mietangelegenheiten, Erteilung des Wohnberechtigungscheines, Eintragung in die Wohnungsliste, Zuweisung von leeren oder möblierten Räumen und Wohnungen, Genehmigung eines Mietvertrages oder Wohnungsgesuches.

It gegen die Erhebung einer Gebühr Beschwerde eingelegt, so ist in der Regel die Einziehung der Gebühr bis

Gewerkschaftsbewegung

Zum Reichsbahnkonflikt.

Ein neues Schlichtungsverfahren?

Die Organisationen der Eisenbahner haben am Donnerstag beschlossen, das Reichsarbeitsministerium nochmals zur Einleitung eines Schlichtungsverfahrens und zur Bestellung eines Schlichters zu ersuchen. In dem Schreiben der Organisationen an das Ministerium wird auf den unhaltbaren Zustand hingewiesen, der durch das Vorgehen der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft, die auf eigene Faust von sich aus eine völlig unzulängliche Verbesserung der Bezüge angeordnet hat, geschaffen wurde. Das Vorgehen der Reichsbahn bedeutet, daß für die Lohnfrage ein tarifloser Zustand besteht, während auf allen anderen Gebieten des Arbeitsverhältnisses die tarifliche Bindung bleibt.

Diese Bindung der Eisenbahner und die einseitige Lohnfestsetzung durch die Reichsbahngesellschaft hat die Situation im Konflikt zwischen Eisenbahnern und Hauptverwaltung so zugespitzt, daß die vertragsschließenden Organisationen es für ihre Pflicht hielten, abermals an das Reichsarbeitsministerium zwecks Einleitung neuer Schlichtungsverhandlungen heranzutreten.

Überall im Reich treffen die Eisenbahnerorganisationsgruppen Vorkehrungen für den Streik, der unvermeidlich ist, wenn nicht in den neuen Schlichtungsverhandlungen rasch und energig eine wirkliche soziale Lösung des Lohnkonflikts durch eine allgemeine Lohnaufbesserung herbeigeführt wird. Hoffentlich bestellt das Reichsarbeitsministerium einen Schlichter, der genug psychologisches und soziales Verständnis besitzt und den Ernst der Stunde zu würdigen versteht.

Reichsbahnzustände.

Wir haben wiederholt Darstellungen gegeben über die „wirtschaftliche Ordnung“ in den Reichsbahnbetrieben. Die sogenannte „wissenschaftliche“ Betriebsführung hat in den Eisenbahnausbesserungswerken, Betriebswerkstätten, Güterböden, Bahnunterhaltungen usw., soweit die örtlichen oder technischen Vorbedingungen fehlen, ein unglaubliches Durcheinander geschaffen.

Unglaubliche Zustände herrschen auf den Güterbahnhöfen, unter anderem auf dem Anhalter Güterbahnhof in Berlin. Die Empfangsleiter der Güterabfertigungen sind derartig überfüllt, daß die Stückgut fahrenden Kolonnen vollständig außer Tätigkeit gesetzt werden. Die Folge: schwere Beschädigung durch die zur Bewegung der Güter benutzten Karren. Ein unentwirrbarer Knäuel entsteht beim Arbeitsanfang dadurch, daß sämtliche Ausgabebüfen wegen Platzmangels verstopft sind und, bevor die Ausgabe der Güter beginnt, erst freigegeben werden müssen. (Natürlich ohne Bezahlung der tariflich festgesetzten Abfordersätze.) Diese unglaublichen Zustände finden ihren Niederschlag in der Beschaffenheit der Speicheranlagen selbst. Wertvolle Güter werden beschädigt durch Regen, weil die Verwaltung kein Geld hat für Dachreparaturen.

Die Leidtragenden sind nicht nur die von diesen Schäden betroffenen Interessentengruppen, sondern vor allem die Güterbodenarbeiter. Die Speicher starren vor Schmutz und Ungeziefer. Die durch Regenwetter verstopften Büffelsorgen für eine derartige Schlammhochaufung, daß eine Verpestung des Bahnhofes sich bemerkbar macht. Alle Beschwerden, Anträge usw., möglichst schnell die stillgelegte Güterabfertigung des Potsdamer Bahnhofes in Betrieb zu setzen, werden von den verantwortlichen Stellen nicht beachtet.

Auch auf anderen Gebieten wird mit den Interessen der Arbeiterchaft ein frevelhaftes Spiel getrieben. Im Eisenbahnausbesserungswert Tempelhof hat sich in letzter Zeit der „nationale“ Arbeiterverband breit gemacht. Die Vermittlung dieser völlig unbrauchbaren Elemente geht über die Arbeitsnachweise Schilling- und Gormannstraße. Außerdem soll die Vermittlung durch einen besonders eingerichteten Arbeitsnachweis im Werk Tempelhof vor sich gehen. Im Wagenbau (Werk Tempelhof) ist eine ganze Anzahl völkischer und nationalsozialistischer Elemente eingestellt und treibt dort ihr Unwesen.

Reben diesen Sauf- und Regellubs wird der Eisenbahnerverein mit allen Mitteln unterstützt und gefördert. Diplome für „treue geleistete“ Dienste und langjährige Arbeitszeit sind der Köder für den Eintritt in diesen Verein. Die Herstellung der Diplome erfolgt in der Tischlerei (Werk Tempelhof). Außerdem soll auch die Reparatur beschädigter Paddelboote dort stattfinden. Vielleicht gibt der Eisenbahnerrat Zinkeisen, der zugleich ein Förderer des Arbeiterklubs ist, aber auch der Vater der nationalsozialistischen Organisationen sein soll, Auskunft über die Herkunft der Mittel, soweit diese für die Anfertigung von Diplomen (30x50) und Reparaturen der Paddelboote benötigt werden.

Unser Raum läßt es nicht zu, die geradezu hahnhebenden Zustände in den Reichsbahnbetrieben aufzuzählen. Wundern muß man sich nur, daß es noch eine große Anzahl von Arbeitern und Beamten gibt, die wohl den Mut haben, die Verwaltung nach Strich und Faden herunterzureißen, aber nicht den Mut aufbringen, diese Knechtschaft, das Kriecher- und Spießsystem abzuschütteln.

Streik im Bäckergewerbe?

Die Verhandlungen, die gestern im Bäckergewerbe stattgefunden haben, wurden resultatlos beendet, da eine Einigung nicht zustande kam. Die Bäckergehilfen werden nun heute, Freitag, zu dieser Situation Stellung nehmen.

Nachträglich wird uns noch mitgeteilt, daß auf Veranlassung der Bäckermeister der Schlichtungsausschuß wieder eingreift; die Parteien sind zu Freitag vormittag 11 Uhr geladen, um eine Verständigung herbeizuführen. Sollte diese Einigung nicht erfolgen, so ist damit zu rechnen, daß die Bäckergehilfen nicht nur die Ablehnung des Angebots der Arbeitgeber beschließen, sondern darüber hinaus Beschlüsse fassen, die den Streik im Bäckergewerbe bedeuten.

Man darf sich darüber um so weniger verwundern, nachdem durch die Kürzung der Sätze für Überstunden und Sonntagsarbeit durch die Bäckermeister als Antwort auf die Forderung der Gehilfen unter diesen eine begründete Verbitterung herrscht. Ein Bäckerstreik würde nicht die Brotspitze in Berlin bedeuten, da in der Zwischenzeit schon mehrere Privatbetriebe, wie z. B. die Firma D. u. P. Hante, eine Regelung der Löhne im Einverständnis mit der Organisation vorgenommen haben; auch die Konsumgenossenschaft hat den berechtigten Forderungen Rechnung getragen. Außerdem sind in Berlin circa 1000 Bäckereien ohne angestellte Arbeitsträfte bzw. nur mit einem Lehrling.

Hinzu kommt aber, daß auch weitere Bäckermeister ihre Zustimmung zu den geforderten Löhnen bereits bekundet haben und nur aus Korpsgeist als Zwangsinnungsmittler bisher eine persönliche Regelung unterliegen. Da diese Bäckereien aber, wenn der Konflikt akut werden sollte, die Forderungen für ihren Betrieb sofort anerkennen würden, ist in der Brotversorgung keine direkte Not zu erwarten, wie ja auch schon die Streiks 1904, 1907 und 1911 gezeigt haben.

Die Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Die in den Betrieben der Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie eingeleitete Bewegung mit dem Ziel, Durchführung des Lohnabkommens, das mit der freien Vereinigung der Holzindustriellen in Berlin abgeschlossen wurde, ist im allgemeinen beendet. Die Forderung der 8 Pfg. Lohnerhöhung auch auf die bestehenden Löhne, ist in fast sämtlichen Betrieben durchgesetzt. Nur die Belegschaften nachstehender Tischlereien befinden sich noch im Streik:

Fliege, Mariendorf, Bahrenfeld, Reinickendorf, Graf-Roeborn Allee 23, Mittag, Belle-Alliance-Str. 79, Wilhelm, Graefestr. 71, Bruns, Plamjer Plz, Pulbermacher, Friedrichstr. 222, Schuldt u. Berg, Neukölln, Richardplatz 10, Flügge, Nanteuffelstr. 13. Diese Betriebe sind gesperrt.
Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

Drohender Streik in der Oberschiffahrt.

Breslau, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Zentralverband der Maschinenisten und Heizer hatte Versammlungen der auf der Oder beschäftigten Maschinenisten und Heizer nach Steirn, Fürstenberg, Glogau und Breslau einberufen. In diesen Versammlungen kam einmütig zum Ausdruck, daß die Maschinenisten und Heizer gewillt sind, ihrer Forderung auf Lohnerhöhung von 4 M. wöchentlich auch mit dem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel zur Anerkennung zu verfahren. Zum Freitag sind in Breslau Verhandlungen anberaumt. Sollten diese zu keiner Einigung führen, ist mit dem Ausbruch des Streiks zum Montag zu rechnen.

Kapitalistische Wirtschaftsklärten.

Hattingen, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Die am Mittwoch im Verwaltungsgebäude der Zeche Alte Haase stattgefundenen Stillelegungsverhandlungen für die Zeche Alte Haase haben zu keinem Ergebnis geführt. Die interessierten Landräte von Hattingen, Schwelm und Hagen sowie die zuständigen Amtmänner von Hattingen, Sprockhövel und Blankenstein beschloßen deshalb, eine Kommission nach Berlin zu entsenden und die Regierungstellen um eine Finanzhilfe für die von der Stillelegung bedrohte Zeche zu ersuchen, zumal es sich um eine vollständig ausgebaut Anlage mit einer Förderfähigkeit von 2000 Tonnen zum großen Teil Anthrazitkohle handelt, deren Unrentabilität nur vorübergehend sei. Durch die Stillelegung der Zeche, deren Belegschaft über 1000 Mann zählt, find die in Frage kommenden Gemeinden in ihrer Existenz bedroht.

Anmerkung der Redaktion: Das ist den Zechebesitzern ganz egal, zumal ihnen die Stillelegung einer Zeche unter Umständen mehr einbringt als die Förderung. Von anderen Zechen wird gemeldet, das Ueberführungsverfahren oder Feiertagslöhne aufgehoben werden.

Die Folgen des Streiks im amerikanischen Kohlenbergbau.

New York, 2. September. (ZU.) Der Streik im amerikanischen Steinkohlenbergbau beginnt sich bereits auszuwirken. Der Kohlenverkauf ist praktisch zum Stillstand gekommen. Die Bahnverwaltungen beginnen bereits ihre Werkstätten zu schließen und die Arbeiter ihrer Reparaturwerkstätten zu entlassen. Die Bedienungsmannschaften der Frachzüge werden verringert. Die Prophezeiung, daß mindestens zehntausend Eisenbahnangestellte durch den Kohlenstreik in Mitteldeutschland gezeugen würden, geht rasch in Erfüllung. Obgleich große Kohlenvorräte vorhanden sind, beginnen die Kohlenpreise bereits zu steigen. Die Absicht der Minenbesitzer scheint darauf gerichtet zu sein, die Arbeiter auszuhebeln.

Der Streik der englischen Seelen hat sich jetzt auch auf die Kanalboote ausgedehnt. Der Dienst nach Havre und den Kanalinseln ist vollkommen lahmgelegt.

Wahl-Angelegenheit und Betriebsratsangelegenheit! Versammlung heute abend 7 Uhr im Hochzeitsaal der Germania-Gilde, Chausseest. 110. Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Wirtschaftslage (Dr. Witzmann). 2. Wahl von Vertretern zur Betriebsratskonferenz. Die außerordentliche Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es, daß alle Kollegen anwesend sind.

(Gewerkschaftliches siehe auch 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Göttern; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Eiden; Freiwirtschaft: Dr. John Schönsch; Soziales und Konfession: Fritz Kersch; Anzeigen: Dr. Gode; Familien in Berlin: Berlin: Bornhans-Berlin G. m. b. H., Berlin, Deutscher Bornhans-Buchdruckerei und Verlagsanstalt; Paul Singer u. Co., Berlin; 33 in Lindenstraße 2; Fritz 2 Beilage und „Unterhaltung und Witz“.

Einkochgläser
enge Form weite Form
1/4 1/2 3/4 1 Liter 1/2 3/4 1 1 1/2 2 Liter
34 36 38 40 Pf. 40 44 46 48 55 Pf.
Gummiringe dazu, 10 Stück 40 Pf.
(Bei 100 Gläsern 5% bei Großabnahme höhere Rabatte)

A. WERTHEIM
Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Theaterkasse Wertheim
Abonnement für die Reinhardt-Bühnen zu Originalpreisen
Deutsches Theater monatlich ohne Vorstellung
Kammerspiele Parkett, Logen
Die Komödie und 1. Rang Platz 4 u. 6 M

Frisches Fleisch
Hammel-Vorderfleisch, Pfd. 80 Pf.
Hammel-Kote, ganz u. geteilt und Rücken, Pfund 90 Pf.
Schweinebauch u. Rücken m. Big., Pfd. 120
Käbler Rippspeer Pfd. 130
Prima Gefrierfleisch
Rinderkamm und Brust Pfund 55 Pf.
Kalbskamm und Brust Pfund 72 Pf.
Kalbskeule und Rücken Pfund 90 Pf.
5 Pfund blaue Pflaumen 48 Pf.
Kochäpfel Pfund 6 Pf. Pfirsiche Pfund 40 Pf.
Tomaten Pfund 9 Pf. Mohrrüben gewaschen, Pfund 5 Pf.
Birnen z. Kochen u. Essen, Pfund 15 u. 16 Pf. Zwiebeln . . Pfund 6 Pf.
Weintrauben 35 Pf. Senfgurken Pfund 10 und 7 Pf.
Wirsing-, Rot-, Weißkohl Prima Holländer Pfund 5 Pf.

Insbesondere billige Lebensmittel
Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat
Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

Halbrindler Würstchen 2-3 Paar 95 Pf.	Konfitüre Aprikose 3-Pfd.-Eim. 320
4-6 Paar 160 8-10 Paar 320	Kirsch Topf 7-Pfd. engl. 330
Rauchfleisch Preger, 1-Pfund-Dose 195	Vierfrucht-Marmelade 10-Pfd.-Eim. 450
Kleinfleisch vom Schwein, 7-Pfd.-Dose 350	Oelsardinen portug., Dos. 95 Pf. 52 Pf.
Camembert (Marke Baby) Schachtel 32 Pf.	Rindfleisch 1-Pfund-Dose 76 Pf.
Goudakäse gänzlich, Pfund 82 Pf.	Bohnen weiße 2 Pfd. 35 Pf.
Tilsiter feinst, Pfund 130	Auszug-Mehl Pfund 24 Pf.
Schweizer gänzlich, Pfund feiner bayrischer, Pfd. 1.00 130	Nudeln (Eier-Schnitt) Pfund 42 Pf.
	Haferflocken Pfund 25 Pf.

Margarine Marke „Die Beste“ 1/2 Pfund-Paket 34 Pf.
Naturbutter 1/2 Pfund-Paket 1 M **Tafelbutter** 1/2 Pfund-Paket 108

Fische
Seelachs ohne Kopf, ganze Fische . . . Pfund 18 Pf.
Kabeljau " Pfund 24 Pf.
Schellfische Pfund 24 Pf.
Lebende Aale Pfund 150 180

Bücklinge feine, Pfund 55 Pf.	Enten holl., frisch geschlechtet, Pfd. 130
Rotbars gerüch., Pfund 46 Pf.	Jg. Tauben Stück 90 Pf.
Seelachs gerüchert, Pfund 58 Pf.	Suppenhühner frische, Pfund 1.45 120
Räucheraale Bund 60 Pf.	Poulets junge, Pfd. 160
Rotwurst und Zwiebelwurst, Pfd. 70 Pf.	Leberwurst fetter Pfund 180
Landleberwurst Pfund 120	Zerelat- und Salamiwurst, Holst., Pfd. 185
Jagdwurst und Filetwurst, Pfund 160	Schinkenspeck Pfund 215
Kakao stark essig in Paketen Marke „Saturn“, Pfd. 75 Pf.	Bismarokkranz Stück 55 Pf.
Schoko-Nüsse Pfd. 140	Mandelkranz Stück 55 Pf.
Kaffee frisch gebrannt 3 Sorten, Pfund bis 270 450	Königskuchen Stück 110
Spezial-Mischung m. 20 u. 40 Proz. Bohnen 76 u. 140	Stollen und Napfkuchen Stück 135

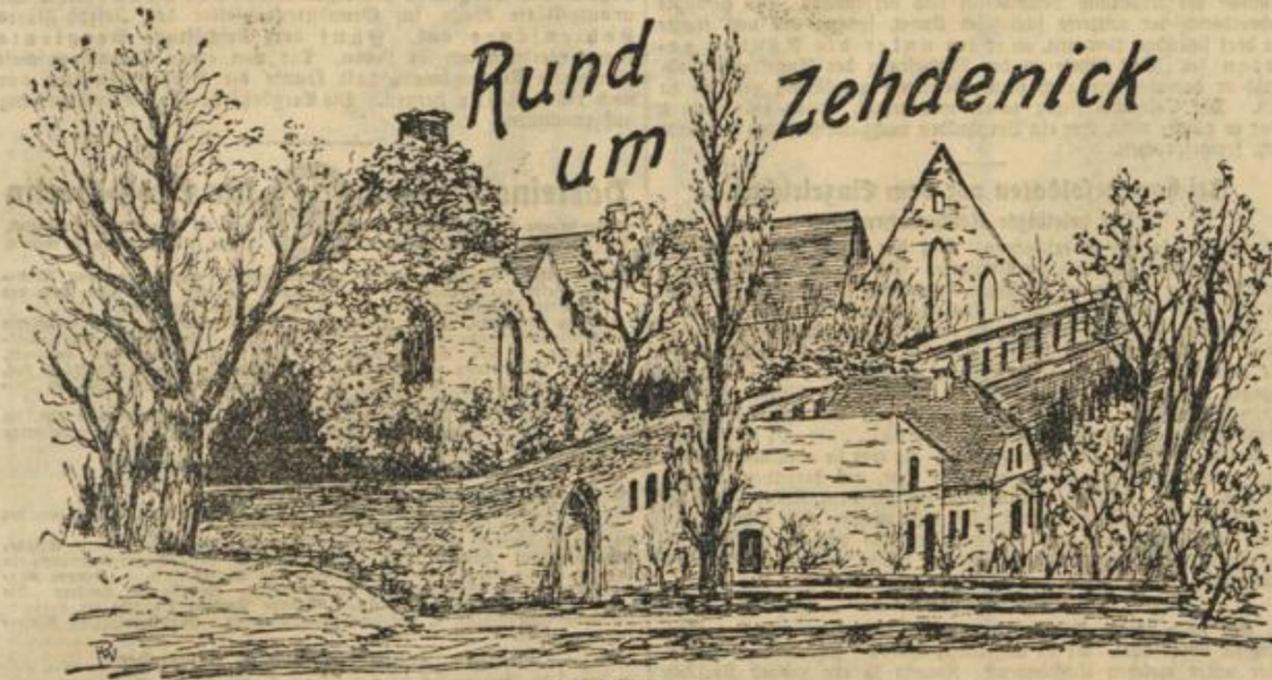
Preise für 1/2 Flasche einschließl. Steuer ohne Glas

Edelapfelwein mild, voll 67 Pf.	1920 Bernkastler rosig 160	1922 Grandes Côtes . . 110	Tarragona rot, süß . . . 135
1923 Hainfelder (Oberhardter) 85 Pf.	1921 Niersteiner gehellvoll 190	1922 St. Justin „Castillo Ripolde“ 145	Malaga dunkel, festlauf . . 190
1923 Mosener Brännchen mild . . . 1 M	1921 Neumagener Engelgrube Wachstum Lammernayer entwickelter Mosel . . . 230	1921 Mettenheimer Michelsberg Rheh. Rotwein 225	Weinbrand-Verschnitt unter Verwendung von frz. Charente-Deat. mit Flasche 275
1922 Doidesheimer leiblumig, süßig 130	1922 Kirchheim. Rotwein sehr mild 1 M	1921 Graves de Budos Prop. Dupart, feine Art 240	Fruchtschaumwein vorzügl. Qualität, mit Flasche 135

In dieser Woche: Großer **Wäsche-Verkauf**

Jeden Freitag u. Sonnabend billiger Verkauf **Reste u. Abschnitte**

Holländ. Blumenzwiebeln
Krokuszwiebeln 5 Stück 20 Pf. Narzissenzwiebeln Stück 15 Pf.
Scillazwiebeln Stück 8 Pf. Tulpenzwiebeln Stück 15 Pf. 10 Pf.
Schneeglöckchen 2 Stück 15 Pf. Hyazinthen Stück 75, 65 35 Pf.



Die Klosterruinen.

Dem Stettiner Fernbahnhof fahren wir mit den Jügen der Nordbahn über Löwenberg (umfteigen) nach Zehdenick (Sonn- tagstorte). Auf der Chaussee kommen wir in kurzer Wanderung in die Stadt, ein Schiffer- und Zieglerort an der Havel. Der Name Zehdenick deutet schon den wendischen Ursprung des Ortes an. Urkundlich wird er zum ersten Male 1211 erwähnt. Aus der Frühzeit märki- scher Geschichte ragen die Reste des Klosters von „Cedenick“ im südöstlichen Teil der Stadt auf. Ueber die Entstehung des Klosters hat auch hier die Sage ihre garten Fäden gesponnen.

Das Wunderblut von Zehdenick.

Nach der Sage nahm im Jahre 1249 eine Frau eine geweihte Hostie und vergrub sie im Keller vor ihrem Bierloch. Sie glaubte, dadurch würde das Bier besser werden. Bald stellten sich jedoch Ge- weissensbisse bei ihr ein. Die Frau beichtete dem Pfarrer den Miß- brauch, den sie mit der heiligen Hostie getrieben hatte. Man grub im Keller nach. Dabei quoll an mehreren Stellen Blut aus der Erde. Man nahm die blutige Erde und schaffte sie unter großen Feierlichkeiten in die Kirche. Als die Geschichte von dem Wunder- blut bekannt wurde, setzte eine große Wallfahrt nach Zehdenick ein, um der vermeintlichen Heilkräfte des Wunderblutes teilhaftig zu werden. Zum Gedächtnis an das Geschehnis wurde 1250 in Zehde- nick ein Zisterzienser-Kloster gegründet, das reich beschenkt wurde und den besonderen Schutz des Papstes ge- noß. Jeder, der nach Zehdenick eine Wallfahrt machte, oder dem Kloster Geschenke zumandte, erhielt einen Ablass von 40 Tagen. Zur Erinnerung an die Wallfahrt erhielten die Pilger eine Nach- bildung einer Hostie aus Blei mit drei roten Tupfen, die sie sich an den Hut steckten. Das 1384 entdeckte Wunderblut zu Wiltsnae tat dem Wunderblut von Zehdenick großen Abbruch. Die Wallfahrer nahmen an Zahl ab, bis schließlich bei Einführung der Reformation im Jahre 1541 die Wallfahrten gänzlich aufhörten. Aus dem Kloster wurde ein abliges Frauenstift, das heute noch besteht. Der dreißigjährige Krieg mit seinen grausigen Verführungen setzte auch über Zehdenick und das Kloster hin. Von den Bauten aus der Gründungszeit sind noch der Ost- und der Nordflügel erhalten. Im Ostflügel lag die Kirche, jetzt eine Ruine. Die Feldstein- mauern haben die Schrednisse der Kriegszeit überdauert. Eleu

rant sich an ihnen empor und mildert den herben Anblick der Zer- störung. Besonders reich von Eisen umwuchert ist der von einem Storchennest gekrönte Südgiebel. Die Efeuastämme am Zehdenicker Kloster sind wohl die ältesten und stärksten in der ganzen Mark und bilden ein wahres Naturdenkmal. Der Nordgiebel birgt die Wohnräume für die Stiftsdamen; hier ist auch ein gut erhaltener Kreuzgang. Zwischen dem Südgiebel und der Umfassungs- mauer des Klosters liegt der Stiftsfriedhof, von alten hohen Bäumen beschattet. Kloster Zehdenick bildet eine wichtige Stätte in der märkischen Geschichte, an der wir bei der Erinnerung an Ge- schehnisse vergangener Jahrhunderte einige Augenblicke still ver- sunken weilen. Von der Bergeshöhe beim Kloster haben wir eine schöne Aussicht auf das Kloster, die Stadt und das Haveltal.

Zwei Rundlinge.

Durch die Amtsfreiheit wandern wir in der Nähe der Havel zum Wasserturm. Zur Verbesserung des Schiffsfahrtsweges hat man neben der reich gewundenen Havel zwischen Zehdenick und Lieben- walde in den Jahren 1823 bis 1825 den Boh-Kanal angelegt. Durch den Kanal mit seinen Schleusen ist es möglich, die Wasser- verhältnisse des Flusses auf dieser Strecke besser zu regeln. Kurz vor dem Wasserturm biegen wir halbwegs ab. Nach einer 1/2 Stunde, am Beginn des Waldes, wenden wir uns links und kommen am Waldrande zur Havelniederung. Hier wandern wir rechts, dann wieder links über die Havel und den Boh-Kanal nach Kremelin, einem ausgesprochenen Rundling. Diese Art Dörfer, auch Rund- dörfer genannt, zeichnen sich dadurch vor anderen Dörfern aus, daß ihre Häuser um den Doranger, der die Kirche trägt, herum ge- legen sind. Nur eine Zufahrtsstraße führt in das Dorf hinein. Die Runddörfer liegen immer auf einem halbkreisförmigen Vorsprung der Hochfläche, der auf 3 Seiten von Wasser oder Sumpf umgeben ist. Dadurch behielt das Dorf in früheren Zeiten auf diesen 3 Seiten einen natürlichen Schutz, so daß seine Bewohner nur die von der Hochfläche hereinführende Zufahrtsstraße zu verteidigen brauchten. Auch viele vorgeschichtliche Siedlungsplätze weisen eine derartige Lage auf, so daß man wohl die Rundlinge als die älteste Dorfform ansprechen darf. Von Kremelin wandern wir auf der Chaussee gegen Nord bis zum Chausseehaus. Hier wenden wir uns halb- rechts von der Chaussee ab und kommen auf der Landstraße in 1/4 Stunden nach Wefendorf, ebenfalls einem Rundling, der die ausgesprochenen Merkmale des Runddorfes noch besser ausge-

prägt als bei Kremelin zeigt. Auch hier erstreckt sich die Hochfläche als Halbinsel, auf der das Dorf angelegt ist, in lumpiges Gelände hinein. Die geschlossene Form des Rundlings ist in Wefendorf vollauf gewahrt. Wir durchwandern das Dorf und verlassen es in nord- westlicher Richtung. Bald kommen wir an einen Kreuzweg, auf dem wir uns gegen Ost wenden. Durch die Wefendorfer Wiesen führt der Weg zum Waldbrände.

Raseneisenstein.

Gewaltige Eisenerzlager, wie sie andere Gegenden Deutschlands aufweisen, birgt die Mark Brandenburg nicht. Jedoch ist sie dieses für die Entwicklungsgeschichte der Menschheit so überaus bedeutungs- vollen Minerals nicht völlig bar. Als Raseneisenstein oder Wiefenerz kommt das Eisen in vielen märkischen Brüche n und Moorgebieten vor. Es entsteht dadurch, daß die im Regenwasser enthaltene Kohlenäure der atmosphärischen Luft die festen Eisenverbindungen des Bodens löst. Sie werden mit dem Quellwasser fortgeführt und schlagen sich an günstig gelegenen Stellen nieder, indem die Kohlenäure wieder verdunstet. In früheren Jahr- hundertern wurden solche Raseneisenerzvorkommen ausgebeutet. In der Mark Brandenburg gab es an vielen Orten Hüttenwerke, Eisenhämmer, die das Erz verhütteten. Dies geschah mittels Holztohle, wodurch die Eisenhämmer an die Nachbarhaft ausge- dehnter Waldungen gebunden waren. So manche brandenburgischen Orts- und Flurnamen weisen noch auf jene Industrie hin. In den vergangenen Jahrhunderten, als der Warenaustausch noch nicht in dem Maße entwickelt war wie heute, mußte jedes Land möglichst darauf bedacht sein, zu versuchen, seinen Bedarf an Materialien innerhalb der eigenen Grenzen zu befriedigen. Deshalb wurde das Raseneisenerz überall in der Mark, wo es in nennenswerten Mengen vorkam, ausgebeutet. Auch der auf den Wefendorfer Wiesen vor- kommende Raseneisenstein wurde verhüttet. Das hier gewonnene Eisen kam in den Zehdenicker Eisenhammer, der bereits in einer Urkunde aus dem Jahre 1438 erwähnt wird. Besonders wurde hier Kriegsmunition angefertigt, außerdem aber auch Küchengeräte, Dosen, Gewichte usw. In den Jahren 1764 bis 1800 hat diese Hütte über 130 000 Zentner Munitionswaren hergestellt. Der Zehdenicker Eisenhammer brannte im Jahre 1801 ab und wurde nicht wieder- hergestellt. Am Waldbrände wandern wir gegen Nord; zur Linken liegen die Wefendorfer Wiesen. Nach etwa 20 Minuten kommen wir an einen Weg, der die Wiesen durchquert. An der Brücke über den die Riederung durchziehenden Graben erhebt sich ein kleiner Hügel aus dem Wiefengelände von etwa 50 Schritt im Durchmesser. Er zeigt vielfache Leberreste von Eisenschlacken mit wulstigen Ober- flächen, bläulichen Einschlüssen und roter Färbung. Auch Holztohlen- stücken finden sich hier und Gefäßreste, die wahrscheinlich aus dem Mittelalter stammen, also nachwendisch sind. In früherer Zeit gab es auf den Wefendorfer Wiesen drei solcher Hügel, jedoch sind zwei von ihnen abgetragen und zur Wegeverbesserung in der Umgebung verwandt worden.

Wir folgen dem Weg weiter in südwestlicher Richtung durch die schöne Forst Zehdenick. Wenn wir den Wald verlassen haben, sehen wir vor uns die zahlreichen Ziegeleien, die havelaufwärts liegen. Durch die Vorstadt Damm-Haft und über eine Holz- brücke über die Havel kommen wir nach Zehdenick zurück, das wir nochmals durchwandern, um vom Bahnhof die Heimfahrt anzutreten. (Weglänge etwa 24 Kilometer.)

Das tapfere Schneiderlein!

Man schreibt uns: Seit Jahrzehnten führt mich mein täglicher Weg zur Köpenicker Straße hinaus. Hier, gegenüber der alten Pionierskaserne, wohnt er, der „tapfere Schneider“. Schon lange vor dem Kriege hatte er seinen Balkon im ersten Stock mit Soldatenbildern in Lebensgröße geschmückt. In den Kriegsjahren verloren diese „Balkonsoldaten“ aber allen Glanz. Sie verblähten mit dem Kriegeruhm eines Wilhelm von Doorn und seines „Retters“ immer mehr und mehr. Nun erscheint aber der Erlaß des „Retters“, der das Tragen der militärischen Uniformen wieder erlaubt. Und sonderbar, acht Tage vor diesem Erlaß haben die Balkonsoldaten ein neues Farbenkleid angelegt. Ein Bild, das einen Mann vorstellen soll, hat scharf die Brommbrücke im Auge. Die Frage wäre aber berechtigt, wie kommt „das tapfere Schneiderlein“ zur Aufzierung seiner Reklame, die das ganze Straßenbild verhandelt, gerade kurz vor dem Uniformerlaß?

Das unbegreifliche Ich.

25] Geschichte einer Jugend. Roman von Tom Kristensen. (Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. E. Vogel.) „Hast du schlechte Augen?“ fragte der Lehrer, „weshalb hast du das nicht früher gesagt?“ Charles antwortete nicht. Einige Male sah ich ihn in lebhaftem Gespräch mit meinem Nachbarn, den er Storchlein nannte, und eines Morgens vertauschten sie die Plätze. „Weshalb in aller Welt sitzt du da?“ fragte der Lehrer. „Ich habe schlechte Augen.“ Für mich bedeutete das die Einleitung zu einer qual- vollen Periode. In kurzer Zeit war es ihm gelungen, mich ihm gefügig zu machen. Flüsterte ich nicht deutlich genug, kniff er mich mitten in der Stunde in den Schenkel, so daß ich nicht zu schreien wagte. Hielt ich das Heft nicht so, daß er meine Rechenaufgaben abschreiben konnte, quälte er mich auf dem Nachhausewege. Spitzfindig wie er war, sorgte er stets dafür, daß wir niemals quitt wurden, und mit einem strahlenden Lächeln, das zwischen Grausamkeit und Hochmut schwankte, machte er mich jeden Tag darauf aufmerksam, daß ich noch eine kleine Strafe zugute hätte. Andererseits wollte er nie einräumen, daß er von meinem Fleiß abhängig wäre. Wenn wir häusliche Aufgaben hatten, konnte er zu mir sagen. „Hör mal, ich habe keine Lust, diese Aufgabe zu rechnen. Das kannst du tun, und dann kann ich sie durchsehen und abschreiben. Du dann kann ich dir gleichzeitig sagen, ob sie richtig oder verkehrt ist.“ Ich wußte wohl, daß er die Aufgaben einfach abschrieb; aber als er meine Redosität bemerkte, fing er sofort an, sich ihrer zu bedienen. „Ich habe die Aufgabe einfach abgeschrieben“, zischte er boshaft. „Ich hatte wahrhaftig keine Zeit, sie nachzurechnen; aber wenn sie falsch ist, werden wir alle beide — wir alle beide entdeckt.“ Jede Aufgabe wurde mir zur Qual. Die Zahlen stimmten vor meinen Augen. Ich mußte mich selbst ab- stumpfen, um nicht krank zu werden, und schließlich war ich so stumpf geworden, daß ich verkehrt rechnete. Der Lehrer hielt ein großes Verhör ab über uns beide. Ich leugnete wie rasend. Charles blieb ganz ungerührt. „Es kann doch mal vorkommen, daß zwei verkehrt

rechnen!“ antwortete er frech, und der Lehrer gab die Unter- suchung auf. Auf dem Nachhausewege verhöhnte mich Charles ganz unbarmherzig: „Kannst du nicht mal richtig rechnen? Ich müßte dir eigentlich ein paar Maulschellen versetzen; aber du bist ja sonst ein artiger, kleiner Junge, nicht?“ Dann gingen wir eine Zeit schweigend nebeneinander her, bis er plötzlich sagte: „Ich bin dir noch ein paar Backpfeifen schuldig, weil du mir gestern das mit den Mastbären nicht vorgesagt hast. Die kannst du jetzt kriegen und die anderen hast du dann noch gut.“ Die Tortur war wieder in vollem Gange. Mein Straf- konto war wieder unendlich. Er nannte das stets Ohrfeigen oder ein paar Maulschellen, aber seine Strafen waren nicht so ehrlich, wie es diese Ausdrücke hätten vermuten lassen können. Es waren stets kleine, sehr schmerzhaft Quälereien. Ich bekam einen Pferdebiß in die Schenkel oder mein kleiner Fin- ger wurde ganz weit nach hinten gebogen; aber auch auf an- dere Art beherrschte er mich. Er lehrte mich die häßliche Nebenbedeutung, die man allen Wörtern geben kann. Er hatte eine Art „Lir“ oder „Griffel“ zu sagen, daß mir ganz heiß wurde. Alles was ich sagte, verstand er so zu ver- drehen, daß es schlüpfrig klang und bevor ich es ahnte, war ich dieser Art ganz verfallen. „Was für ein Schwein du doch bist!“ bemerkte er dann. Selbst wenn ich mitten beim Lernen war und einen ganz harmlosen Satz vorbrachte, konnte er sich plötzlich vor Lachen krümmen, so daß ich einen roten Kopf bekam. „Daß der Lehrer sich solche Schweinereien gefallen läßt, verstehe ich nicht.“ sagte er oftmals hinterher. Einmal schrieb er das Wort „vergewaltigen“ auf seine Tafel. „Weißt du, was das bedeutet?“ flüsterte er. Ich war völlig hilflos. Ich ahnte, was es bedeutete; aber sagte ich ja, würde er mich Schwein schimpfen, und sagte ich nein, würde er mich verhöhnen, als ob ich ein kleines Kind wäre. Wenn er mich auf diese Art kleingetriegt hatte, spreizte er sich und fing zu prahlen an. Was Lüge und was Wahrheit an seinen Geschichten war, ließ sich unmöglich unterscheiden, denn sie bauten sich mit großer Durchtriebenheit auf ein paar geringfügige Tatsachen auf. „Und dann hast du nicht mal eine Braut!“ höhnte er. „Aber hier kannst du mal sehen, was unsereins alles hat!“ Er zog eine Geldtasche heraus und öffnete sie. Es lagen neun Fingerringe aus blankem Messing darin.

„Den hier habe ich von einer bekommen, die Kristine heißt, und den von einer, die heißt Karen und den hier von Amalie.“ Er leierte immer mehr Ramen herunter, und er erzählte mir die Ohren voll von Geschichten von ihnen. „Hast du denn alle auf einmal gern?“ fragte ich. „Sie sind mir alle miteinander verdammt gleichgültig.“ antwortete Charles und klappte die Geldtasche zu, „aber sie sind ja vollständig verrückt nach mir. Sie können mich nicht in Frieden lassen, wenn ich bloß angegangen komme, stürzen sie gleich auf mich los.“ In diesem Schmutz sollte ich mich nun oben halten! Und wie sollte ich die Kraft finden, das lichte Bild des Mädchens mit den Goldhaaren zu beschützen, wenn der Schmutz um mich beständig höher und höher stieg und wenn jeder meiner Gänge nach Triangeln zu einer neuen Enttäuschung wurde? War ich zu Hause und sah zu, wie Mutter mit blinzeln- den Augen und neroßen Fingern, den euen Hut nach dem anderen entziehen ließ, und begegnete ich ihrem Lächeln, das vergrämt und abwesend war, wurde es trotz allem Trübnißs hell um mich herum. Mutter hatte keine Zeit, sich mit mir zu beschäftigen, und sie war selber wunderbar zerfahren von zu viel Arbeit und zu vielen Enttäuschungen. Ich erhielt keine Erklärungen. Wie fern standen wir nicht einander! Ich verstehe das erst so recht, wenn ich daran denke, daß ich mich stets am weitesten benahm und sie am meisten mit meinen Ungezogen- heiten quälte, wenn sie abgearbeitet und gereizt war. Nur ihr kleines Lächeln konnte mich beruhigen; aber wenn sie lächeln konnte, war sie auch innerlich ruhig und vermochte meine Unartigkeiten leichter zu ertragen. Wie schrecklich muß es nicht in ihr ausgesehen haben! Trotzdem blieb dieses Lächeln — das einzige, was Mutter Zeit fand, mir zu geben — der Inbegriff von dem, was ich unter Mutter verstehe, für mich und in jener Zeit war es mir, zusammen mit dem Bilde des blonden Mädchens, der einzige Lichtblick in einer Welt, deren Schmutz mich zu erstickend drohte. Samuelsen besuchte uns nur selten, und erst viele Jahre später konnte ich die einzelnen deutlichen Erinnerungen an- einander reihen und die Kurve ahnen, die Mutters Befam- schaft mit ihm durchlaufen hatte; aber einer seiner Besuche sollte einen großen Einfluß auf mich bekommen. Ich sollte bei dieser Gelegenheit erleben, daß der Schmutz, vor dem ich mich fürchtete, allen über den Kopf stieg, selbst den Er- wachsenen. (Fortsetzung folgt.)

Aus dem Bezirk Wedding.

Was eine sozialdemokratische Verwaltung leistete.

Die Politik der auf Grund des Dreiklassenwahlrechts aufgebauten städtischen Behörden ging früher dahin, die sogenannten „besseren“ Stadtteile zu bevorzugen auf Kosten der proletarisch zusammengesetzten Bezirke. Durch die Organisation der neuen Stadtgemeinde Berlin in Verwaltungsbezirke wurden die Interessen der Bezirke mit minderbemittelter Bevölkerung mehr zur Geltung gebracht.

Im Bezirk Wedding ist unsere Fraktion im engsten Einvernehmen mit dem Bezirksamt tätig gewesen. Dauernd drängte sie darauf, für soziale Zwecke größere Mittel zu erhalten als das Bezirksamt nach den vom Magistrat herausgegebenen Richtlinien in den Haushalt einstellen konnte. Trotz der schweren Finanznot, in welcher sich nach dem Kriege die Stadtgemeinde Berlin befand, kann die unter diesen schweren Verhältnissen zu leistende Tätigkeit der Bezirke sich leben lassen. Praktisch tritt das im Bezirk Wedding auf verschiedenen Gebieten in offensichtliche Erscheinung. Seit drei Jahren ist am Plöhensee ein Wassersportplatz errichtet worden, der in den letzten Jahren mit prächtigen Grünanlagen ausgestattet worden ist. Diese mit geringen Mitteln errichtete Anlage ist das Ziel tausender von Menschen in den Sommermonaten. Alt und jung finden hier Erfrischung und Stärkung. Die Anlage ist das besuchteste Bad der Welt geworden, allerdings kein Luxusbad. Mehr als 600 000 Menschen haben in diesem Jahre die Anlage aufgesucht, und ohne viel Geld auszugeben, sich erholen können. Dem Schwimmsport ist durch die Errichtung eines großen Schwimmbades für seine Zwecke Rechnung getragen worden.

Die Sandhügel in der Jungfernheide, die seit Jahrzehnten einen Schandfleck im Norden darstellten und die anwachsende Bevölkerung in der schlimmsten Weise belästigten, sind in einem Waldpark umgewandelt worden, welcher die größtmögliche Bewegungsfreiheit zuläßt. Dem Spiel- und Sportbedürfnis ist Rechnung getragen worden durch eine Kodelbahn, einen Kinderspielplatz und einen Bubbelpfad. Eine Naturbühne für Schülervorstellungen wird noch geschaffen werden. Ein Platz an der hoch- und Blochstraße ist aus seinem verwahrlosten Zustande herausgehoben und zu einer Grünanlage umgestaltet worden, über die sich die Bevölkerung außerordentlich freut. Der an der Grenze des Bezirks liegende Ostpark, der früher nur als Müllabfalle benutzt wurde, bildet heute eine schöne gärtnerische Schmuckanlage. Der Plan einer großzügigen Grünanlage ist in Aussicht genommen. Gelingt es der Stadtgemeinde, baldigt vom Fiskus die noch obliegenden Reheberge zu erwerben, so wird auch dort eine Anlage entstehen, welche dem Norden Berlins zur Freude gereicht. Von den Erwerbslosen besonders beunruhigt wurde die von dem Bezirksamt geschaffene Einrichtung einer Schuhmacherwerkstatt, in der das Schußzeug der Erwerbslosen gegen Erstattung der Ausgaben unter Verwendung des besten Materials wieder hergestellt wird. Auf allen übrigen sozialen Gebieten ist dieselbe soziale Einstellung zu erkennen. Alle diese Einrichtungen, die in erster Linie den breiten Massen der Bevölkerung zugute kommen, waren nur möglich durch eine Verwaltung, die soziales Verständnis für die Lage der ärmeren Volksschichten hat und deren Mehrheit sozialdemokratisch ist.

Eine deutschnationale Hochburg.

Eine nennenswerte Arbeit im Interesse der Allgemeinheit hat die deutschnationalistische Mehrheit des Bezirks Schönberg-Friedenau nicht geleistet, das kann jetzt nach Ablauf der Wahlperiode festgestellt werden. Ausbau der sozialen Einrichtungen, Schaffung der Anstalten für Kinder und die heranwachsende Jugend, Jugendheime, Beschaffung von Wohnungen usw., — nichts von alledem ist geschehen. Die wenigen Einrichtungen, die der Bezirk noch aus seiner früheren Selbständigkeit hatte, sind von der Mehrheit sehr bald abgebaut worden, insbesondere die seit 1911 bestehende Fischhalle, die früher preisregulierend auf dem Fischmarkt in Schönberg wirkte. Gerade von der arbeitenden Bevölkerung ist die Fischhalle lebhaft in Anspruch genommen worden. Die Deutschnationalen, die Volks- und Wirtschaftspartei haben als erste Aufgabe gegen die Stimmen der übrigen Parteien die Fischhalle aufgehoben und sie an Privatkapitalisten verkauft. Mit welcher Emsigkeit das Bezirksamt dem Befehl der deutschnationalen Bezirksverordneten nachkam, sei an folgendem Fall illustriert: Seit Jahren hatte der Betriebsrat der städtischen Angestellten in seinem Zimmer die Französischen der verstorbenen Arbeitskollegen aufgehängt. Bei einer Besichtigung der Räume ist das einem deutschnationalen Bezirksverordneten aufgefallen, der das große Staatsverbrechen dem Bürgermeister unterbreitete und sofortige Entfernung der Schleifen beantragte. Da der zuständige parteigenössliche Dezernent sich weigerte, diesem Ansinnen nachzukommen, hat der deutschnationalen Bezirksbürgermeister über den Kopf des zuständigen Dezernenten hinweg verfügt, daß die Schleifen sofort zu entfernen sind.

Alle Anträge, die von unserer Fraktion eingebracht wurden, sind von den Deutschnationalen und den verbündeten Parteien abgelehnt worden, der Abbau des Personals traf fast alle Angestellten. Mit Vorliebe wurden fast alle diejenigen, die als Sozialisten bekannt waren, zuerst entlassen. Ja, man scheute nicht davor zurück,

logar die Schwerkriegsbeschädigten abzubauen. Beim Abbau des Bezirksamtes war man gleichfalls sehr eilig, galt es doch, den einzigen belästigten sozialdemokratischen Stadtrat zu beseitigen. Als der Abbau des Bezirksamtes nach den Beschlüssen der städtischen Körperschaften auch ein Bezirksamtsmitglied von den Deutschnationalen treffen sollte, schwang man sich sogar dazu auf, gegen die Beschlüsse des Magistrats mit fittlicher Entrüstung zu protestieren. Man versuchte sogar die Bezirksverammlung vorzu-rechnen, daß es ganz unmöglich wäre, mit weniger als sechs belästigten Bezirksamtsmitgliedern auszukommen. Dabei weiß jeder, der das kommunale Leben in Schönberg kennt, daß die ganze Tätigkeit des Bezirksamtes von 2-3 Herren ausgeführt wird und daß die anderen alles andere, nur keine Bezirksamtsarbeit machen. Wie rücksichtslos das deutschnationale Bezirksamt gegen andere Parteigänger vorgeht, sei am schlagendsten dadurch bewiesen, daß in der Berichtszeit sämtliche frei gewordenen Schullehrstellen ausnahmslos mit Deutschnationalen und Deutschnationalen besetzt wurden. Alle Bewerber anderer Parteien sind abgelehnt worden, ausschlaggebend war nicht die Geeignetheit, sondern die Parteigebhörigkeit.

Noch immer ist in Schönberg der Gedanke nicht festgewurzelt, daß wir eine Einheitsgemeinde Berlin haben. Diefelben Stadtverordneten, die in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung sich als die größten Verfechter der zentralen Verwaltungswirtschaft geben, legen in den westlichen Bezirken, insbesondere in Schönberg, bei jeder Gelegenheit ihre wüste Agitation gegen den Berliner Magistrat los.

Zur Illustration nur ein Fall: Die Krankenhausverwaltung braucht eine Kofsgabel. Anstatt diese Gabel beim Anschaffungsamt zu bestellen und bei gelegentlicher Lieferung mitzuliefern, wird vom Schönberger eine Boie nach dem Anschaffungsamt geschickt. Dieser Boie kann die Gabel nicht gleich mitbringen, weil sie in der Größe nicht vorrätig ist. Er verbraucht hierzu 4 Stunden Arbeitszeit. Das Bezirksamt singt nun Klageklagen, daß die Kofsgabel um soviel teurer geworden ist, als wenn man sie beim Privatändler gekauft hätte. Daß einzig allein das Bezirksamt oder der betreffende Beamte, der diesen Auftrag erteilt hat, daran Schuld ist, will man natürlich nicht einsehen. Der Fall wird als „Lebergriff“ des Magistrats Berlin bei der Wahl sicher eine Rolle spielen.

Es wird hohe Zeit, daß bei der nächsten Wahl die Schönberger Bürgerschaft dieses unhaltbare System fortsetzt und sich eine Verwaltung schafft, die mit Jug und Recht als Selbstverwaltung bezeichnet werden kann.

Unsere Arbeit im Bezirk Reinickendorf.

Im Hinblick auf die am 23. Oktober stattfindenden Gemeindevahlen in Berlin ist nur eine Meinung innerhalb der Mitgliedschaft im gesamten Kreise: Unsere Vertreter in der Bezirksverammlung haben ihre volle Schuldigkeit getan und durch ihr Wirken und Schaffen im 20. Verwaltungsbezirk manches Gute erreicht und manche geplante Verschlechterung abgewehrt. Während die SPD-Fraktion bis 1924 noch gemeinsam mit der KPD den Vorstand der Bezirksverammlung besetzt hatte, war unsere Fraktion durch die verwerfliche Kompromisse der Kommunisten und ihre haltlosen Angriffe auf den unteren Partei angehörenden Vorsitzenden der Bezirksverammlung und auf parteigenössliche Bezirksamtsmitglieder gezwungen, in den Vorstand der Verammlung auch bürgerliche Vertreter zu wählen. Seit dieser Zeit beruhen auch alle Beschlüsse auf wechselseitigen Mehrheiten. Bei dem Zusammenschluß der jetzt zum Verwaltungsbezirk gehörigen früheren sechs Landgemeinden und der vier Gutsbezirke muhten die Verträge, welche von der früher selbständigen Gemeinden mit Bodengesellschaften abgeschlossen worden waren, überreicht werden. Das ist bei allen Gemeinden, mit Ausnahme vom Gutsbezirk Tegel, restlos geschehen. Bei genanntem Gutsbezirk wurde die Sache kurz vor Ablauf durch einen deutschnationalen Stadtverordneten hintertrieben. Daher herrschen hier bis heute noch keine klaren Rechtsverhältnisse. Ein für die Zukunft wertvolles Projekt, die Seenerpromenade, sowie eine großzügig zu erbauende Badeanstalt geht in das spätere Eigentum der Stadtgemeinde über. Die im Bezirk recht dürftig vorhandenen gärtnerischen Anlagen wurden durch Schaffung neuer Anlagen am Schätersee in Reinickendorf erweitert. Eine Grünanlage von 100 bis 300 Meter Breite, welche von Schönberg bis zum Damerwald bei Hermsdorf führt, kommt in den nächsten Jahren zur Ausführung. Die hierzu erforderlichen Ländereien sind bereits im Besitze der Stadtgemeinde. Durch Anlage des städtischen Sportplatzes an der Schornweberstraße in Reinickendorf, sowie eines neuen Platzes in Wittenau ist der sporttreibenden Bevölkerung Rechnung getragen. Ein Projekt zur Errichtung einer Badeanstalt mit anschließenden Sportanlagen in Hermsdorf soll im nächsten Jahre ausgeführt werden. In Reinickendorf-Ost ist in Verbindung mit den Müdradschen Eiswerken ein großes Unternehmen — Badeanstalt, Eisbahn — in Vorbereitung. Da die Verbindungsstraßen zu den früheren Einzelgemeinden sehr schlecht waren, war es Aufgabe unserer Fraktion, hier erst geordnete Verhältnisse durch Neupflasterung und Anlage von neuen Straßen zu schaffen. Auf diesem Gebiete haben wir erhebliches erreicht. Die schlechten Verkehrsverhältnisse im Bezirk gaben dauernd Anlaß zu Protesten und zur Stellung von Anträgen. Neugeschaffen wurde die Verbindung von Reinickendorf-Ost nach Reinickendorf-West, sowie die zurzeit im Bau befindliche Straßenbahnverbindung nach Rosenthal. Im den Bewohnern der alten, baufälligen städtischen Gebäude gesunde Wohngelegenheiten zu schaffen, werden durch den Bezirk 100 neue Wohnungen erbaut. Damit die Miete nicht hochgetrieben wird, ist der städtische Grundbesitz auf Antrag der SPD. des Siedlungsvereins auf niedrigen Preisen überlassen worden. Die Schilfverhältnisse, besonders die der Volksschule in Hermsdorf, sind die denkbar ungünstigsten. Seit Bestehen der Einheitsgemeinde ist von Seiten der SPD. wiederholt der Neubau einer Volksschule gefordert worden. In diesem Jahre hat die Stadtgemeinde den für die Schule erforderlichen Grund und Boden erworben, so daß mit Anfang des Neubaus im nächsten Jahre gerechnet werden kann. Auf dem Gebiete des Feuerlöschwesens, welches bisher nur von den freiwilligen Ortswehren erledigt wurde, ist eine Verbesserung eingetreten.

Eine Berufswehr mit Automobilspritze ist in Wittenau untergebracht. Auch das Feuermeldebüro ist durch den Anschluß an das Berliner Meldewesen verbessert. Die Verwaltung des Bezirks ist in mehreren, in verschiedenen Orten getrennt liegenden Gebäuden untergebracht. Auf Antrag der SPD. soll das Rathaus Wittenau als Bezirksrathaus erweitert werden. In nächster Zeit soll im Bezirk eine Lesehalle und Hauptbibliothek erbaut werden, ebenso sind Erweiterungsbauten der städtischen Kinderhorte und Säuglingsstellen in Aussicht genommen. Alle von den bürgerlichen Vertretern der früheren Gemeinden Hermsdorf, Tegel und Frohnau unternommenen Angriffe auf die Einheitsgemeinde Groß-Berlin wurden unsererseits mit Erfolg zurückgewiesen.

So gehen wir, gestützt auf unsere positive Arbeit im Bezirk, mit innerer Sicherheit in den Wahlkampf, uns bewußt, daß vor allem die arbeitende Bevölkerung unsere Arbeit in der Gemeinde würdigt und versteht.

7. Kreis — Charlottenburg.

Die Charlottenburger Kreismitgliederversammlung nahm am Dienstag, den 1. September, in einer Kreisvertreterversammlung zu den am 23. Oktober stattfindenden Gemeindevahlen Stellung und stellte die Kandidaten auf die Kreiswahlliste und für den Bezirkswahlvorstand. Genosse Wilt kennzeichnete die Situation auf allgemein politischem und wirtschaftlichem Gebiete und im besonderen die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Kommune und ihre Aussichten im nunmehr einsetzenden Wahlkampf. Er fand die Zustimmung aller Anwesenden bei der Feststellung, daß von allen Gesichtspunkten aus gesehen, unsere Wahlaussichten sehr günstige seien. Es gelte nunmehr alle Kräfte anzuspinnen, um am 23. Oktober die „Reiterparteien“ vernichtend zu schlagen. Die Diskussion über die Kandidaten hatte das Ergebnis, daß im ganzen 40 Genossen und Genossinnen als Bewerber aufgestellt wurden. Die ersten 10, die als Stadtverordneten kandidieren sollen, sind: Albert Jorjig, Otto Schmidt, Dr. Kauerer, Johanna Kühn, August Geber, Reinhold Seifert, Siegfried Charlanitz, Simon Kapenstein, Wilhelm Richter, Ida Kausch. Für die Stadtliste werden in Vorschlag gebracht: Charlanitz und Alfred Schneider. Als Bezirksstadträte wurden der neuen Fraktion folgende Genossen vorgeschlagen: Alfred Wilt, Dr. Sühmann, Simon Kapenstein, Alfred Schneider.

12. Bezirk — Steglitz.

Der 12. Kreis beschäftigte sich in einer Kreisvertreterversammlung mit einem Bericht der Bezirksverordnetenfraktion und der Aufstellung der Kandidaten für die Stadt- und Bezirksverordnetenversammlung. Den Bericht gab der Fraktionsvorsitzende Gen. Klose. Die Wahlen im Jahre 1921 haben leider keine Mehrheit für uns gebracht. So war es für uns unmöglich, das durchzuführen, was wir anstrebten. Ein Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien war in den meisten Fällen nicht möglich, da diese sich nur von parteipolitischen Rücksichten leiten ließen. Am besten zeigte sich dies bei den Abbaubeschlüssen, wo selbst die Demokraten für den Abbau unserer Genossen stimmten. Auf die kommunistische Fraktion war nicht zu rechnen, da diese auch hier, wie in anderen Parlamenten, den bürgerlichen Parteien in die Hand arbeitete. Im Bezirk Steglitz war die Arbeit noch bedeutend schwieriger, da die Bürgerlichen hier noch eine größere Mehrheit aufweisen konnten. Sie nützten die Mehrheit denn auch in gebührender Weise aus, indem sie die von uns gestellten Anträge einfach niederläßtten oder sie ummodellten und dann als die ihrigen ausgaben, um damit agitatorisch wirken zu können. So wurde unser Antrag, in Lantwig eine Schule zu bauen, abgelehnt. Dafür wurde beschlossen, in Steglitz ein neues Rathaus zu bauen. Aus dem Rathaus Lantwig wollte man dann eine Schule herrichten. Da der Rathausbau vom Magistrat wegen Mangel an Mitteln abgelehnt wurde, bekommen die Lantwiger auch keine Schule. Außerdem sind wir für den Neubau einer Berufsschule und eines Armenhauses eingetreten. In der letzten Sitzung stellten wir den Antrag, für Unterkunftsräume, für die durch Ermission auf die Straße gelesenen Familien, zu sorgen. Diesen Antrag konnte man aus agitatorischen Gründen nicht ablehnen, deshalb übermies man ihn einem Ausschuß, wo er bis nach den Wahlen schlummert. Gen. Klose richtet zum Schluß einen Appell an alle Genossen, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die Neuwahlen auch in der Steglitzer Bezirksversammlung ein anderes Bild ergeben.

Die Aufstellung der Stadt- und Bezirksverordnetenlisten war schnell erledigt, da die vom Kreisvorstand aufgestellte Vorschlagsliste einmütige Billigung fand. Dann hielt Gen. Jachow einen Vortrag über „Die Aufgaben der Wohlfahrtsplleger und Schiedsrichter“. Seine sachlich gehaltenen Ausführungen wurden mit großem Interesse angehört, so daß keine Aufforderung, sich noch mehr als bisher an den Wohlfahrtsarbeiten zu beteiligen, sicher Erfolg haben wird.

Eine Zahnklinik, die wenig Zähne zieht.

Aus dem Jahresbericht der Zahnklinik des Verwaltungsbezirks Treptow für 1924/25 ergibt sich die interessante Tatsache, daß im letzten Geschäftsjahr nur noch 227 bleibende Zähne gezogen wurden, während das vorhergehende 418 solcher Fälle, also fast das Doppelte, aufwies. Das ist ein gutes Zeichen für die Besserung der Mundbeschaffenheit unserer Schullinder. Die planmäßige Zahnpflege hat hier erfreulich gewirkt, denn ihr Ziel muß sein, jeden bleibenden Zahn möglichst zu erhalten. Die Eltern können deshalb ihre Kinder auch getrosten Mutes zur Zahnklinik schicken. Wenn es irgend geht, dann wird dort nicht „gezogen“. Im ganzen sind 5798 Kinder zur Behandlung gekommen. An 10 098 Zähnen wurden Füllungen vorgenommen. Dazu kommen neben anderem 1363 Wurzelbehandlungen und Wurzelfüllungen und 136 Zahnreinigungen. Ein großes Stück Arbeit, aber der Erfolg ist sichtbar.

Ein Jubilar. Währige Ausdauer hat der Partei ist zwar kein besonderes Verdienst, es ist Pflicht eines denkenden Arbeiters, an dem, was er als richtig erkannt, festzuhalten. Wer aber, wie Paul Littmann, in diesem Jahrzehnt hundert Jahre der Parteiarbeit sich gewidmet hat, wie erlebend, ist bereit zu jeder Kleinigkeit, der kann mit großer Freude und Stolz auf diese Bestandenheit zurückblicken. Genosse Littmann ist von den Genossen seines Bezirks nach und nach zu allen Vertrauensstellen der Organisation gewählt worden. Er ist Bezirksführer, dann Abteilungsleiter und Kreisvorstand vom Grenzauer Berg, den er auch viele Jahre im Bezirksvorstand vertreten hat. Alle diese Funktionen hat Littmann pünktlich und mit positiver Gewissenhaftigkeit ausgefüllt, bis er vor einiger Zeit, da seine amoktuelle Gesundheit dies erforderte, den Posten sunächst niederlegen mußte. Er ist zurzeit noch als Bezirksvorstand tätig und als solcher auch wieder vorgeschlagen.

Briefkasten der Redaktion.

Die echten holländischen
POLAK
PUDDINGE

Am grünen Strand der Spree
Schwört man auf A.J.P.

DUNLOP
CORD
Ballon

Mount Everest
Dunlop Ballon
beide unerreicht.

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Getreidezölle und Kapitalmangel.

Zur Preisbewegung für Getreide.

Zum Schluß des alten Getreide-Versorgungsjahres hat sich herausgestellt, daß die Hauffespekulation mit Getreide seit dem vorigen Herbst an eine richtige Voraussehung anknüpfte, nämlich an die Erwartung eines Versorgungsnotstandes vor Beginn der jetzigen neuen Ernte. Noch am 7. August wurde von sachkundiger Seite festgestellt, daß sich der Uebergang von der alten zur neuen Erntesaison doch vielfach ziemlich schwierig gestaltet, weil die alten Vorräte bei den Mühlen in den verschiedenen Ländern verhältnismäßig schwach geworden sind. . . Und noch am 30. August wurde berichtet, „daß die englischen Müller dauernd Aufgelde für schwimmende Ware zahlen,“ also wohl schlecht versorgt sind. Diese vorausgesehene Knappheit war von der Spekulation im Preise vorweggenommen, jedoch durch ihre Ueberschätzung derart gesteigert, daß ein kräftiger Rückschlag unausbleiblich war, der beispielsweise in Chicago den Weizen von einem höchsten Preis von 205 Cents je Bushel bis auf einen tiefsten Stand von 138 Cents und noch einem erneuten Steigen wieder bis auf 142 Cents Anfang Juli zurückwarf. Seitdem haben die Weltmarktpreise für Weizen wieder einen höheren Stand erlangt, der auch im August geblieben ist. Der August begann in Chicago mit 153/154 Cents je Bushel Weizen für Septembertieferung, brachte dann den höchsten Stand mit 166 Cents und schloß mit der Preishöhe des 1. August. Roggen für Septembertieferung kostete in Chicago Anfang August 98/99 Cents je Bushel, stieg dann bis auf 109 Cents und endete bei etwa 90 Cents.

Am Berliner Getreidemarkt verlief die Preisbewegung im August für Weizen und Roggen ähnlich, jedoch mit dem Unterschied, daß die Preise nach einem anfänglichen Steigen erheblich unter den Stand zu Anfang des Monats gelangten. Wie die folgende graphische Tabelle zeigt, haben die Preise für prompt lieferbaren Weizen und Roggen ab märkische Station im August stark nachgegeben. Die Preise im letzten Augustdrittel waren trotz einer vorübergehenden Erholung beträchtlich geringer, wie die Monatsdurchschnittspreise, die für Weizen 239,55 M. und für Roggen 180 M. per Tonne betragen. Diese deutsche Preisbewegung ist im wesentlichen durch speziell deutsche Verhältnisse bestimmt.

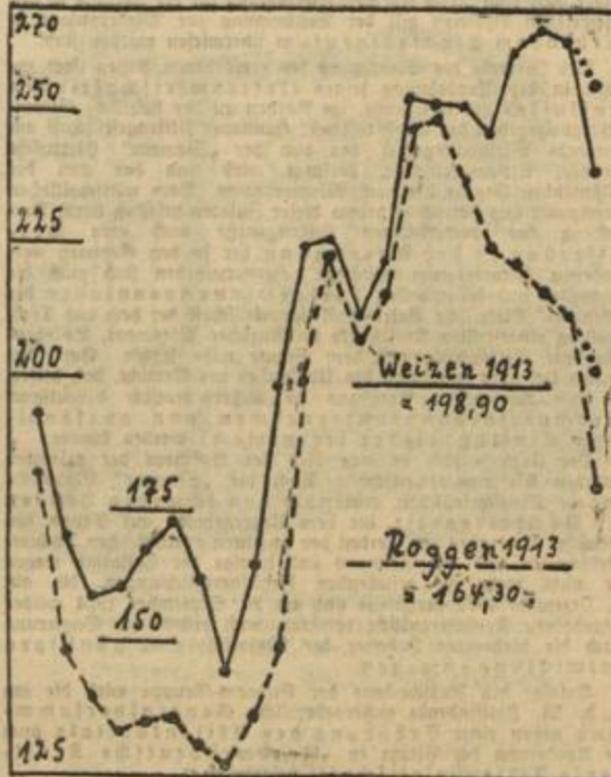
Die deutschen Getreideproduzenten pflegen sogleich nach der Ernte einen erheblichen Teil ihres Getreides zum Verkauf zu bringen, um kurzfristige Schulden möglichst schnell abzutragen, fällige Schuldzinsen zu bezahlen und den verschiedensten Winterbedarf einzukaufen zu können. Anfang August wurde in diesem Jahre berichtet, daß eine vielfach, in Anbetracht der vielbesprochenen Notlage der Landwirtschaft, befürchtete Uebersättigung des Marktes mit neuem Getreide noch nicht eingetreten sei. Im Uebrigen schähe man die Borauswirkungen des Zolles auf die Preise überhaupt höher ein, als die Wirkungen eines stärkeren Warenangebotes. Am

7. August hörte man, „daß die letzte Vermehrung des ersthändigen Angebots die Schwierigkeit des Uebergangs von der alten zur neuen Erntesaison noch nicht zu beseitigen vermag“. Wie die Preisbewegung zeigt, ist im weiteren Verlauf des August doch durch drängendes Verkaufsangebot trotz aller Zolld Hoffnungen ein starker Preisdruck herbeigeführt worden.

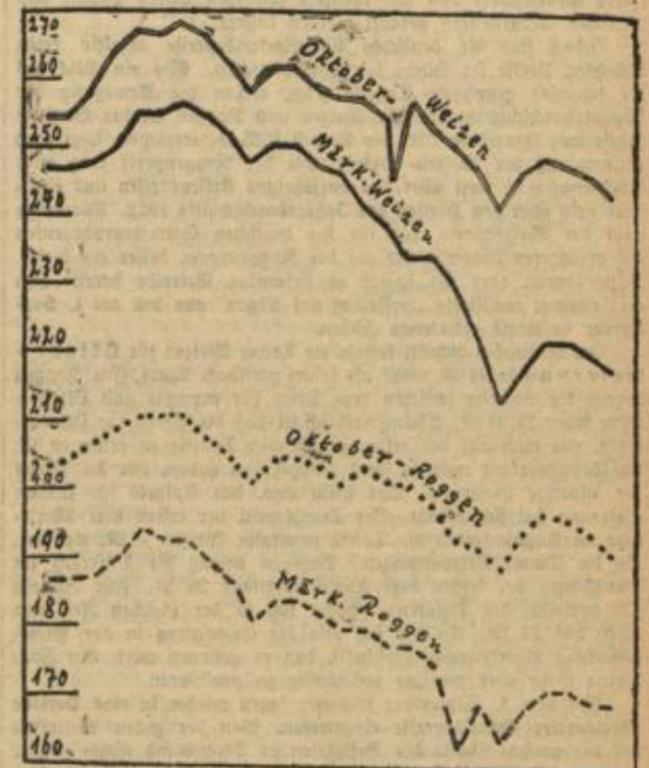
Der hauptsächlichste Grund hierfür ist die Kapitalknappheit, die ein Getreidemarktbericht vom 21. August wie folgt

charakterisiert: „In diesem Jahre macht sich der Kapitalmangel im Getreidegeschäft außerordentlich fühlbar. Die Mühlen, die allermehr ihre Ware nur gegen Akzept kaufen und dadurch vielfach ihre Versorgung weniger leicht als in den Vorkriegsjahren bewirken können, versehen sich nicht mehr auf so lange Zeit hinaus mit Rohmaterial wie früher, so daß besonders die Provinzmüllerei ziemlich schnell ihre Bedürfnisse gedeckt hat und in größerem Umfang als sonst das Ausgebot an die großen Zentralmärkte bringt.“ Auch vor dem Kriege reichte der Bedarf oder die Kauflust der inländischen Getreideverarbeitung nicht aus, um das ganze erste Angebot nach der Ernte aufzunehmen. Damals wurde durch eine starke Ausfuhr der Ausgleich geschaffen. Im Jahre 1911 wurden zum Beispiel in den Monaten September und Oktober 18 und 16 Proz. der ganzjährigen Roggenausfuhr verschickt, im Jahre 1912 etwas weniger (10% und 14% Proz.), im Jahre 1913 dagegen, in dem eine starke

Schaubilder zur Getreidepreisbewegung.



Roggen- und Weizenpreise in Berlin. November 1923 bis August 1925.



Terminpreise und Preise für greifbares Getreide während des Monats August 1925.



Für den dunklen Herbstanzug der passende Stiefel, in Boxcalf, mit grauem Wildlederleins., Rahmenarbeit



Entzück. Nachmittagsschuh aus Lack u. Wildleder, in den neuesten Modifarben, mit Flechtverzierung



Der aparte Schuh für das Complet, in holzfarbigem und grauem Chevreau



Der moderne Tanzschuh in Lack- und Wildleder, mit neuartigem Durchzug



Goeise



Der bequeme Laufschuh aus prima Boxcalf, mit moderner Zierstepperei



Der elegante Strassenschuh aus prima schwarzem Leder, Original-Goodyear-Weit



Fescher Lackspangenschuh mit gediegener Chevreau-Kombination



Neue Herbstmodelle

Unsere 60 Schaufenster in allen Stadtgegenden zeigen Ihnen die Fülle der neuesten Modeschöpfungen in ihrer aparten Arbeit zu zeitgemäßen Preisen. Herrliche Farben. Herrliche Formen. Prima Qualitäts-Arbeit.

Ganz besonderes Angebot!

Ausfuhr schon im August einsteige, wieder 14% und 12% Proz. Von der jeweiligen Gesamtausfuhr waren in den ersten drei Monaten des neuen Versorgungsjahres (August-Oktober) bereits ausgeführt: 1911/12 gleich 36 Proz., 1912/13 gleich 26 1/2 Proz. und 1913/14 gleich 33 1/2 Proz.

In diesem Jahre war beabsichtigt, dem Preisdruck als Folge des Kapitalmangels durch eine forcierte Ausfuhr zu begegnen. Insbesondere ist in den günstig zu Ostseehäfen gelegenen Produktionsgebieten Getreide in großen Mengen bereit gehalten worden, um es nach der erwarteten (und ab 20. August erfolgten) Freigabe der Getreideausfuhr zu exportieren. Das sollte ein profitables Geschäft sein, ist aber eine Blatte geworden, weil die für den 1. September erwartete Wiedereinführung des Einfuhrzollsystems nicht erfolgt und damit die Möglichkeit ausgeblieben ist, den Zollprofil für das exportierte Getreide einzustreichen. Da nun ein längeres Durchhalten der eingegangenen Engagements durch den Kapitalmangel nicht möglich war, strömte dies anfänglich abgeleitete Angebot an die deutschen Märkte und half die Preise werten. Russischer und polnischer Weizen, der russisches und polnisches Getreide neuer Ernte schnell und zu billigen Preisen an den Ausfuhrmarkt brachte, hat mitgewirkt, die Preise in Deutschland zu „verderben“. Speziell für polnische Ware gilt, daß die deutschen Einfuhrverbote gegenüber Polen sich nicht auf Getreide erstrecken, so daß vor dem Inkrafttreten der deutschen Zölle viel polnisches Getreide insbesondere aus den ehemals deutschen Teilen Polens von deutschen Verarbeitern gekauft werden konnte.

Jedoch sind die deutschen Augustgetreidepreise objektiv keine höchsten Preise im Sinne der Landwirtschaft. Wie ein Blick auf die folgende graphische Tabelle zeigt, welche die Bewegung der Monatsdurchschnittspreise für Weizen und Roggen an der Berliner Börse von November 1923 bis August 1925 widerspiegelt, liegt auch gegenwärtig der Weizen- sowohl wie der Roggenpreis trotz aller Rückschläge noch weit über den vorjährigen Krisenpreisen und ebenfalls noch über den Preisen des Jahresdurchschnitts 1913. Allerdings steht der Weizenpreis, der für die deutschen Getreideproduzenten ein geringeres Interesse hat als der Roggenpreis, besser als dieser. Dazu kommt aber für später zu lieferndes Getreide bereits jetzt eine vorweg realisierte „Hoffnung auf Segen“ aus dem am 1. September in Kraft getretenen Zöllen.

Im Augustdurchschnitt kostete die Tonne Weizen für Oktoberlieferung 16,60 M. mehr als sofort greifbare Ware. Für Roggen betrug die Spanne zwischen dem Preis für prompte und Oktoberware sogar 21,50 M. Charakteristisch ist, daß die Preise für Oktoberware, wie auch aus der ersten graphischen Tabelle zu erkennen ist, im Augustverlauf nicht so stark nachgegeben haben, wie die Preise für sofortige Lieferung. Das heißt also, das Aufgeld für spätere Lieferung hat sich erhöht. Im Durchschnitt der ersten drei Marktstage im August kostete die Tonne prompter Weizen 9 M. weniger, als die Tonne Oktoberweizen. Dagegen betrug die Differenz im Durchschnitt der letzten drei Augustmarktstage 26 M. Für Roggen gilt dasselbe, die Differenz erhöhte sich in der gleichen Zeit von 18,20 auf 24 M. Es hat sich also die Erwartung in der Preisgestaltung Anerkennung verschafft, daß es gelingen wird, den Zollobtrag mehr oder weniger vollständig zu profitieren.

Mit dem 1. September sind wir somit wieder in eine Periode überhöhter Getreidepreise eingetreten. Von der guten Bellernte soll der großen Masse der Besitzlosen in Deutschland nichts zugute kommen. Dagegen sollen die Produzenten doppelt profitieren. Einmal durch ihre besseren Ernteergebnisse. Und außerdem durch die Ueberhöhung der Inlandspreise durch den Zollobtrag. Damit enthält sich die Zollpolitik des Luther-Kabinetts nach Zweck und Wirkung auch für den Leuten, der bisher gutgsüßig die sozialdemokratische Kritik nicht für richtig gelten lassen wollte. Joh. Kregen.

Zur Beurteilung des deutschen Außenhandels.

Uns wird geschrieben:

Der deutsche Außenhandel wird im allgemeinen überaus pessimistisch beurteilt. Man sieht immer wieder die sog. „passive Handelsbilanz“, ohne nach den Gründen der Passivität zu fragen. Selbst der Präsident des Statistischen Reichsamts hat sich ja kürzlich gegen diesen Pessimismus gewandt und betont, daß man viel mehr als auf die absoluten Zahlen auf die Zusammenfassung der Einzelposten der Ein- und Ausfuhr ihrer Qualität nach zu sehen hätte. Wenn man z. B. den deutschen Fertigwarenaußenhandel nach den Zahlen der amtlichen Statistik zusammenstellt, so ergeben sich Resultate, die dem allgemein üblichen Pessimismus geradezu widersprechen. Es zeigt sich nämlich eine zwar langsame aber sehr stetige Zunahme der deutschen Fertigwarenausfuhr bei gleichzeitigem Stillstand der Fertigwareneinfuhr. Im folgenden sind monatliche Durchschnittsziffern für die einzelnen Wertjahre berechnet, die die allgemeine Tendenz besser erkennen lassen als eine Aneinanderreihung der natürlich stark verschiedenen Monatsergebnisse. Es betrug der Fertigwarenaußenhandel in Millionen Mark:

im Monatsdurchschnitt des	Bei der Einfuhr	Bei der Ausfuhr
1. Quartals 1923	69,8	483,8
4. Quartals 1924	133,6	408,1
2. Quartals 1924	192,5	896,9
3. Quartals 1924	117,1	447,6
4. Quartals 1924	168,7	511,1
1. Quartals 1925	194,7	510,1
2. Quartals 1925	164,1	580,3
im Juli 1925	157	568,2

Seit Februar 1925 einschließlich, d. h. also im letzten Halbjahr, für das Statistiken vorliegen, blieb die Fertigwareneinfuhr

Kraft, während die Fertigwarenausfuhr stetig anwuchs. Die Fertigwarenausfuhr des Juli 1925 war die höchste, die seit der Stabilisierung erreicht worden ist. Die 500-Millionen-Ziffer für die Fertigwarenausfuhr wurde erstmalig im Dezember 1924 überschritten, und nur das Februarergebnis blieb dahinter zurück, was sich einfach aus der Kürze des Monats erklärt. Die Zahlen für die Fertigwareneinfuhr des 4. Quartals 1924 und des 1. Quartals 1925 sind stark beeinflusst durch die künstlich gesteigerte Dezember- und Januareinfuhr aus Elsaß-Lothringen, deren Zollfreiheit am 10. Januar abließ.

Es ergibt sich also das überraschende und erfreuliche Ergebnis, daß die Entwicklung des deutschen Fertigwarenaußenhandels, der natürlich für die Beurteilung der deutschen Wirtschaftsentwicklung von ganz entscheidender Bedeutung ist, sich außerordentlich günstig gestaltet hat.

Preußens Vordringen in der Elektrizitätswirtschaft.

Der Amtliche Preussische PresseDienst schreibt: Die Aktienmehrheit der „Siemens“ Elektrische Betriebe Aktiengesellschaft in Hamburg ist aus dem Besitz der Schweizer Gesellschaft für Elektrische Industrie in Olarus (Schweiz) und der Siemens-Schubert-Gruppe in den Besitz des Preussischen Staates übergegangen. Für den Erwerb standen Mittel zur Verfügung, die dem Preussischen Staat vor einiger Zeit vom Reich als Abschlagszahlung für die Verluste in den abgetretenen Gebieten mit der Bestimmung zur Wiederanlage in werbendem Staatseigentum überwiesen worden sind.

Das Interesse des Staates an den erworbenen Aktien liegt zunächst in der Ausdehnung seines elektrowirtschaftlichen Einflusses auf das große, im Norden an das staatliche Stromversorgungsgebiet der Großkraftwerk Hannover Aktiengesellschaft angrenzende Wirtschaftsgebiet, das von der „Siemens“ Elektrische Betriebe Aktiengesellschaft, verfolgt wird und das von der holländischen Grenze bis nach Bismarck reicht. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet bringt dieser Zusammenschluß durch Verbindung der beiderseitigen Leitungsnetze auch eine Verbesserung in der Ausnutzung der in den Gebieten vorhandenen Stromerzeugungsstätten. Herauszuheben sind auch die rationellen und systematischen Torsgewinnungsanlagen der „Siemens“ Elektrische Betriebe Aktiengesellschaft bei dem auf Torfverbrennung eingestellten Kraftwerk im Auricher Wiesmoor, die ebenfalls eine Verbindung mit dem Staate nahe legen. Ganz besonders fiel aber zugunsten des Abschusses ins Gewicht, daß dieses, für den Nordwesten Preußens so außerordentlich bedeutame Stromversorgungsunternehmen von ausländischem Einfluß wieder freigemacht werden konnte.

Der Erwerb fällt in eine Zeit des Aufstiegs der gesamten deutschen Elektrizitätswirtschaft. Auch die „Siemens“ Elektrische Betriebe Aktiengesellschaft geht nach den schweren Jahren der Nachkriegszeit, die dem Unternehmen auf Grund des Verfalls der Verträge den Verlust der gesamten ausländischen Tochtergesellschaften und Beteiligungen und infolge der Inflation wegen der nicht mehr zu erfüllenden Frankoverpflichtungen, die am 15. Dezember 1922 verhängte und am 20. September 1924 wieder aufgehobene Geschäftsaufsicht brachte, nach gründlicher Sanierung durch die bisherigen Inhaber der Majorität einer günstigen Entwicklung entgegen.

Infolge des Ausscheidens der Siemens-Gruppe wird die am 18. d. M. stattfindende außerordentliche Generalversammlung neben einer Erhöhung des Aktienkapitals auch die Uenderung der Firma in „Nordwestdeutsche Kraftwerke Aktiengesellschaft“ beschließen.

Die Arbeiten für einen Zusammenschluß der Neze der „Siemens“ Elektrische Betriebe Aktiengesellschaft und der Großkraftwerk Hannover Aktiengesellschaft sind bereits aufgenommen.

Wie der Otto-Wolff-Konzern Preisabbaupolitik macht. Einen charakteristischen Beitrag zur Preisentwertung liefern die Preisbedingungen des Otto-Wolff-Konzerns. Die Preisentwertung des Reichsanzeigers Luther knüpft im besonderen an die Ermäßigung der Umsatzsteuer an. Der § 5 der Uebergangsbestimmungen für die Neuregelung der Umsatzsteuer sieht ausdrücklich das Recht der Käufer vor, gegen ihre Lieferanten einen Minderungsanspruch geltend zu machen, der sich aus der Veränderung der Wertsteuersätze ergibt. In der Verpflichtung der Lieferanten zur Befriedigung dieses Anspruchs könnte tatsächlich eine Möglichkeit liegen, die Senkung der Umsatzsteuer auch für die Preisbildung wirksam werden zu lassen, wenn das Gesetz nicht gleichzeitig dem Lieferanten erlaube, dem Käufer eine von der gesetzlichen Vorschriften abweichende Vereinbarung aufzuzwingen. Die Möglichkeit dazu haben natürlich nur Lieferanten, die ein Monopol haben und die Konkurrenz anderer, die auf diese besondere Vereinbarung verzichten müßten, nicht zu fürchten haben. Diese Möglichkeit ist für den Otto-Wolff-Konzern, der 90 Proz. des Weichblechmarktes in Deutschland kontrolliert, gegeben und er nützt denn auch die ihm vorteilhafte Gesetzesbestimmung weidlich aus. In seinen Auftragsbestellungen und Rechnungen macht er nämlich den Vermerk: „Eine nachträgliche Vergütung von Umsatzsteuern ist ausgeschlossen.“ Die Monopolstellung des Wolff-Konzerns macht natürlich den deutschen Blechverarbeitern die Ablehnung der Klausel unmöglich, so daß das Wolffsche Diktat durch den langen Weg der Bleche bis zum Fertigprodukt die Preise der Fertigprodukte bis zum mehrfachen Betrag des Steuerfahres verteuert. An der Sache ist zweierlei interessant. Einmal, daß es der Regierung Luther verflucht wenig ernst sein muß mit ihrer Preisentwertung, denn sonst hätte sie durch die Zulassung besonderer privatrechtlicher Vereinbarungen, gegen die sich rechtlich absolut nichts machen läßt, wenn der Verkäufer stärker ist als der Käufer, ihre Aktion nicht von vornherein der Wirksamkeit beraubt. Zum andern zeigt der Fall des Wolff-Konzerns, daß der Schwerindustrie die Luther'schen „Bemühungen“ herzlich gleichgültig sind, was übrigens bei dem politischen Einverständnis der Lutherregierung mit der Schwerindustrie nur selbstverständlich ist.

Gewerkschaftsbewegung

(Siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

Die Nöte der russischen Bergarbeiter. Noch ein Beitrag zur Berichterstattung.

Unter diesem Titel veröffentlicht das zentrale russische Gewerkschaftsorgan „Trud“ vom 5. August folgende Arbeiter-Korrespondenz aus Kadiemka, einem der bedeutenden Mittelpunkte des Bergbaus im Donez-Gebiet:

„Man hat bei uns die Nöte der Bergarbeiter vergessen. Ihre Zahl ist jedoch groß. Die Bergwerke erweitern ihre Produktion, neue Werke werden in Betrieb geföhrt, die Arbeitskraft wächst, aber die Wohnfläche in den Bergwerken wird nicht erweitert. Stellenweise leben je zwei Familien in zwei minzigen Kammern. Infolge der Ueberfüllung der Wohnungen herrscht eine hohe Sterblichkeit. Auf der Grube arbeiten 4500 Arbeiter, während es nur 2400 Wohnungen gibt. Es müssen 30 bis 40 Häuser gebaut werden, um die Wohnungsfrage befriedigend zu lösen. Viele Wohnungen sind schon mehr als 10 Jahre in Gebrauch und erfordern eine gründliche Renovierung. Aber die Betriebsverwaltung geht bisher noch immer nicht an diese Arbeit heran. Wenn eine gründliche Renovierung nicht in Angriff genommen werden kann, so muß eine teilweise unbedingt vorgenommen werden, damit die Arbeiter wenigstens nicht unter der Kälte und den Herbstregen zu leiden haben.“

Schlimm liegen die Dinge mit dem Bad. Für die Grubenarbeiter ist das Bad das höchste in der Welt. Nach der Arbeit muß er den Rohstaub vom Körper abwaschen können. Im Bergwerk gibt es ein Gemeinschaftsbad, das aber so schmutzig ist, daß die Arbeiter sagen: „Man geht sauber in das Bad hinein und kommt schmutzig heraus.“

Schon seit drei Jahren hat die Direktion der Grube „Nitsch“ versprochen, ein Bad mit einem Trocken- und einem Auskleideraum speziell für die Grubenarbeiter zu errichten. Aber bisher ist nichts davon zu sehen.

Schlimm verhält es sich auch mit der elektrischen Beleuchtung. Die Maschine ist überlastet und gibt nur ein schwaches Licht, so daß die Leute in zwei Arbeiterkolonien der Beleuchtung stöhnen. Wegen nachlässiger Anmontierung der Beleuchtungstörper gehen 30 bis 40 Prozent vom Strom verloren.

Trinkwasser ist nur in ungenügender Menge vorhanden. Es wird aus einer Entfernung von 9 Kilometer aus einem Teich gewonnen. Das Wasser ist schlecht, trübe und von schlechtem Geschmack. Häufig finden sich darin Würmer und Insekten. Man braucht Filterapparate. Schon im vorigen Jahre hat man den Bau dieser Apparate in Angriff genommen, aber bisher noch nicht beendet.

Es wäre Zeit, daß die Kadiemische Grubenverwaltung sich um die Verbesserung der Lage der Grubenarbeiter kümmerte, statt sie mit Versprechungen zu füttern. Die Arbeiter sind mit einem solchen Verhalten unzufrieden.“

Auch davon haben die famosen deutschen „Arbeiterdelegierten“ nichts gemerkt. Man kann es unter diesen Umständen begreifen, daß die Sowjetbehörden der Rußlanddelegation der Bergarbeiter-Internationale die freie Auswahl von Dolmetschern verweigert hat. Leute, die die Verhältnisse und Sprache des Landes kennen, kann man schwer hinteres Licht führen. Freilich gibt es auch Leute, die sich gern hinteres Licht führen lassen.

Lohnkonflikt in Westoberschlesien.

Unentwäglicher Lohndruck der Hüttenbesitzer.

Aus Hindenburg wird uns geschrieben:

Durch die Kündigung des Lohnabkommens für die Eisenhüttenindustrie beabsichtigten die Unternehmer die Löhne für Hüttenarbeiter von 48 Pf. auf 44 Pf. für die Facharbeiter und von 33 Pf. auf 30 Pf. für die ungelerten Arbeiter herabzusetzen. Die Organisationsleitungen hatten eine Lohnforderung von 15 Proz. gestellt. Diese wurden vom Arbeitgeberverband abgelehnt. Die Gewerkschaften erklärten, daß die Forderungen der Arbeitgeber für sie undisutabel seien. Der Schlichter wurde zur Entscheidung angerufen. Seine Einstellung ist in Oberschlesien zur Genüge bekannt. Er sieht nur die Notlage der Werke und läßt die Notlage der Arbeiter unbeachtet. So auch diesmal. Er hat die völlig unzureichenden Löhne durch Schiedspruch unänderbar bis 30. November festgesetzt, ohne zu berücksichtigen, daß das Zollgesetz mit seinen unliebsamen Begleiterscheinungen sich bereits bemerkbar macht, ganz abgesehen davon, daß der Zollkrieg auf dem Rücken der oberschlesischen Arbeiterschaft durch Entlassungen und Kurzarbeit ausgetragen wird.

Der Schiedspruch ist von beiden Seiten abgelehnt worden. Da zu befürchten ist, daß die Arbeitgeber ihren Plan des Lohnabbaues durchsetzen, haben sich die Metallarbeiterverbände entschlossen, das Reichsarbeitsministerium anzurufen. Da den Arbeitgebern in der Frachtenfrage für Eisen und Stahl für die Ausfuhr über See bedeutende Ermäßigungen zugestanden wurden, kann erwartet werden, daß der Reichsarbeitsminister Verständnis für die Notlage der Hüttenarbeiter Oberschlesiens entgegenbringt.

In dem Schreiben an das Reichsarbeitsministerium heißt es insbesondere:

Die Berechtigung unserer Lohnforderung wird zweifellos anerkannt werden müssen, wenn berücksichtigt wird, daß

1. die hiesigen Metallarbeiterlöhne rein zahlenmäßig bis zu 100 Prozent gegenüber denjenigen Löhnen der Arbeiter gleichartiger Industrien trotz schwerster Arbeitsbedingungen geringer sind;
2. für einzelne Arbeitergruppen (Handwerker) nur selten der Friedensnominallohn erreicht werden kann;
3. das Realeinkommen der Arbeiterschaft in der Vorkriegszeit durchschnittlich um 30 bis 40 Prozent höher war, obwohl auch damals die Lebenshaltung der Arbeiterschaft dem allgemeinen Kulturniveau nicht entsprach.



ein Nachtmisch

von seltener Feinheit. Die Speise bildet ihres delikaten Geschmacks wegen nicht nur einen Genuß für Kinder und Erwachsene, sondern ist auch ein Erfrischungsmittel von hervorragender Nährkraft, wie jeder

MONDAMIN-FEINKOST-PUDDING

1 und 2 Mark. Goldkronen von 8 Mark an.

Persönliche fachmännische Behandlung. Wöchentliche Teillieferung gestattet.

B. Wolff, Berliner Str. 110, nahe Wilhelmplatz
Berlin O 17, Madalstr. 15, Ecke Koppenstraße

Zähne

Läuse
besiegt nur sofort unter Garantie
Golds, A, W, C, D, E
zu haben in Apotheken und Drogerien
Generalvertreter
Paul Bremer, Berlin NO 55
Christburger Str. 3. Tel. Humboldt 1563

Möbel
Speise-, Herren-, Schlaf-,
Zimmer-, Küchen-, Klub-,
Zarnituren, Einzelmöbel
äußerst preiswert
Auf Wunsch Zahlungserleichterung
S. Dorn, Berlin
Weinmeisterstr. 9

Haushaltungsschule
in einem Bezirk Berlins
nimmt nach Schluß des 1. Ok-
tober 1925 zu einem Monatslohn von
75 M. für Ausbildung u. vollst. Pension
auf. — Anmeldungen bei Frau Ge-
heimrat Hoffmann, Berlin-Grünwald,
Hagenstr. 79, Villa Rosenack.

Möbelfabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73a

Bekannt seit 49 Jahren.

Große Auswahl in kompletten Wohnungs-
Einrichtungen sowie Einzeilmöbel aller Art
Messe guten Möbel sind
im Gebrauch die billigsten.

Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Geschäftszeit von 8-7 Uhr.



Henkelförmige Ohren.

Von Iwan Bunin.

(Luzifizierte Uebersetzung von Diga Sigall und S. Rabinowitsch.)

Er überquerte die Anischkow-Brücke und ging an der anderen Seite des Prospekts entlang. Wind und Nebel verstärkten sich. Von ferne zeichnete sich in der dunklen und dunstigen Höhe das rötliche Luge der Uhr auf dem Rathausurme ab. Sokolowitsch hielt im Gehen inne und blieb ziemlich lange stehen, während er seine Zigarette anrauchte und mürrisch die schon auf dem Bürgersteig auftauchenden, langsam und mit dem Anschein gänzlicher Unbekümmertheit an ihm vorüberziehenden Dirnen betrachtete; in seinem Rücken befand sich die riesige Spiegelscheibe eines bereits geschlossenen, zur Nacht nur kümmerlich beleuchteten Ladens, hinter der starr wächserne blonde, schöne Männer mit langen spärlichen Wimpern in kostbaren Leberziehern und Pelzen standen, deren kleine Halsfische reglos unter den modernen, unübertrefflich gebügelten Beinkleidern vorragten. Dann schritt er weiter, gelangte zu der infolge des nebligen Lüfters gleichsam enthauppten Kasanathedrale und stieg die Stufen zu Dominik*) heroor.

Dort, wo eine Fülle von Menschen stehend, ohne abgelegt zu haben, wie auf der Straße, ab und zu, setzte er sich in eine dunkle Ecke — hell war es nur über dem von der Menge belagerten Büfett — und bestellte einen schwarzen Kaffee. An seinem Tisch tauchte unversehens das erfrorene kleine Gesicht eines schwächlichen Menschen mit einem steifen Hut auf, der voller Hast um die Erlaubnis bat, ein Streichholz aus dem Behälter nehmen zu dürfen, und während er rasch einen Lichtschein auf Sokolowitschs Gesicht fallen ließ, sich beim Sprechen überstürzend, fragte:

„Entschuldigen Sie, bitte, Sie erinnern mich lebhaft an einen meiner Wilmner Bekannten, sind Sie nicht Herr Janowski?“

Sokolowitsch blickte ihm fest in die Augen und erwiderte mit schwerfälligem Ernst:

„Sie irren sich.“
Bei Dominik blieb er bis ein Uhr nachts sitzen. Schließlich erfüllte den leergemordenen Restaurationsaal nur das Gepolter der von den plötzlich grob und rüchlichstos auftretenden Kellnern umgekehrt auf die Tische geschleuderten Stühle. Er warf einen Blick auf seine große silberne Uhr und erhob sich von seinem Plage.

Nachts im Nebel ist der Nemißy unheimlich. Er ist menschenverlassen, tot; der Dunst, der ihn einhüllt, scheint ein Teil jenes ortslichen Nebels zu sein, der vom Ende der Welt her, aus jenen Gegenden kommt, wo etwas dem menschlichen Geiste Unfassbares, was Pol genannt wird, sich verbirgt. Die Mitte dieses dunstigen Stromes ist von oben durch das weißliche Licht der elektrischen Bogenslampen erhellt. Auf den Bürgersteigen vor den finsternen Schaufenstern und den verschlossenen Türen ist es dunkler. Da schlennd trübsinnig, langsamen Schrittes die anscheinend sorglosen, aber von der durchdringenden Kälte bis ins Innere erstarren Frauenzimmer, die helleidet sind mit leichten, der Zeit und der Witterung widersprechenden Färbchen; die Gesichter einzelner von ihnen offenbaren beim Vorübergehen eine solche Beere, daß es einem schauderte, als erblickte man ein Wesen irgend einer anderen als der menschlichen, einer unbekannteren, niedrigeren Rasse.

Nachdem Sokolowitsch Dominik verlassen und einige hundert Schritt gemacht hatte, nahm er sich eines dieser Mädchen mit, die, wie sich später herausstellte, Korolkowa hieß, sich selbst aber einfach „Koroloh“ nannte, eine mittelgroße, zarte Person, die nur infolge ungeheurer moderner Kleidung breit schien, einen phantastisch zusammengestellten weltausladenden schwarzen Sommit, den ein Büchel Stiefeln schmückte, auf dem Kopf. In ihrem kleinen Gesicht, dessen Backenknochen hervortraten und in dem schwarze, treffliche Augen saßen, war etwas, das an eine Fiebermaus erinnerte. Ihren Kopf mit gespielter Unbefangenheit, ja sogar mit dem leisen Bewußtsein der Unwiderrstlichkeit ihres Geschlechts hin und her bewegend, sagte sie den Kopf mit der einen Hand, hielt sich mit der anderen Hand, die in einem großen stachen Wuff aus glänzendem schwarzen Fell steckte, den Mund zu und versperrte dem gebückt ausbreitenden Sokolowitsch plötzlich den Weg. Er umfaßte sie mit einem durchdringenden Blick, rief mit seiner tiefen Stimme sofort eine an der Ecke stehende Nachdroßke herbei. Nachdem sie sich in den niedrigen Wagen gesetzt, fuhr das sonderbare Paar erst den Nemißy entlang, dann über den schon dunklen Platz, vorbei an der leuchtenden Uhr des schon verfinsterten Rifalaibahnhofs, der all seine Züge nach den Tiefen des schneebedeckten und waldreichen Ruhlands abgelassen hatte, vorbei an dem ungeheuren plumpen Pferd, das unentwegt, im Regen wie im Nebel, seinen großen Kopf beugt, um seinen beleibten Reiter zu veranlassen, die allzu straff gehaltenen Zügel zu lockern; dann die Goutscharnaja entlang und weiter, durch neblige Straßen und Gäßchen, in das geheimnisvolle Dickicht der nächtlichen großstädtischen Vororte.

Unterwegs rauchte Sokolowitsch schweigend. Korolkowa war sichtlich durch dieses Schweigen bedrückt, sie äußerte, ihrer Meinung nach wären die Zigaretten „Golonschew-Rutisow“ besser als „Mieder“. Dieser Versuch, ein einfaches, sogar freundschaftliches, von dem Ziel der Fahrt unabhängiges Gespräch anzuknüpfen, war kläglich und rührend. Aber Sokolowitsch gab keine Antwort. Darauf bat sie ihn, ihr im voraus zu zahlen und fügte mit scheinbarer Festigkeit hinzu, sie wäre für die ganze Nacht nur bei einem hohen Preise zu haben. Sokolowitsch trachtete schweigend zwei Silberrubel zum Vorschein und gab sie ihr. Sie nahm sie, prüfte einen davon zwischen den Zähnen, fand, er wäre falsch und steckte ihn in ihren Wuff, mit der Bemerkung, dieser zähle nicht mit, sie behielte ihn nur zum Andenken, weil jetzt Krieg wäre und das Silber rar, ja sogar einbezogen würde, und bat um mehr. Nach langem Zögern handigte Sokolowitsch ihr noch einen Rubel ein. Dann machte sie einen erneuten Versuch, Frau zu sein, schauerte plötzlich zusammen und deutete eine Bewegung an, als wolle sie sich an ihn schmiegen. Der Schauer war gehuchelt, ungeheuchelt dagegen war wohl das Gefühl, das sie plötzlich packte; sie spürte sich bestig zu diesem Menschen hingezogen, zu diesem Großen, Starcken, der in seiner Häßlichkeit und mitleidlosen Verschlossenheit ein ganzer Mann zu sein schien. Über ihre Bewegung blieb ohne Eindruck.

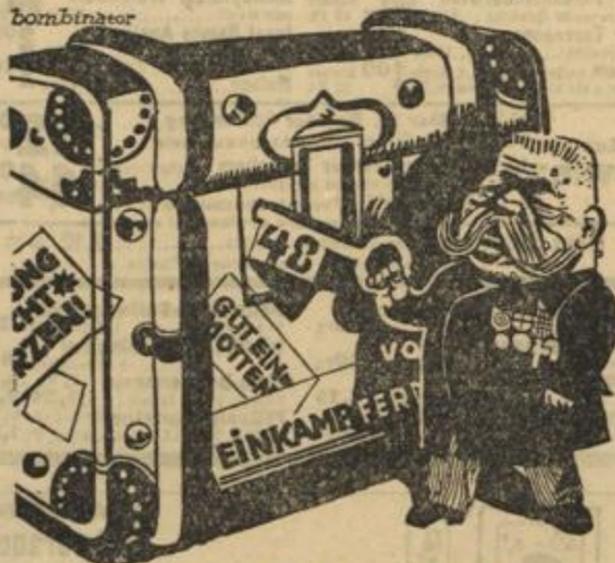
Sie waren schon weit draußen. Korolkowa befahl dem Kutscher, vor einem zweistöckigen Ziegelsteinbau mit dem Schild: „Zimmer für Durchreisende, Belgrad“ zu halten. Es war bereits ein Viertel vor zwei Uhr; der Platz war öde.

Im zweiten Stock von dem „Haus Belgrad“, wohin Sokolowitsch mit der Korolkowa über einen abgetriebenen Käufer, durch einen halbdunkeln Gang, gelangt war, kam der Hausknecht Ujan-

tschuk, der auf einer schmalen, kleinen hölzernen Bank, unter einem schäbigen Winterpaletot mit einem verschliffenen Schaffelstragen geschlafen hatte, den Gästen entgegen. Die große Gestalt, die finstere, in sich gefehrte Miene, die dünne, von dem Nebel nasse amerikanische Barttrause Sokolowitschs verblüfften den Schlaftrunkenen. Er erhob sich und fragte unwirsch:

„Was wünschen Sie?“
„Als ob du das nicht wüßtest, du Tölpel,“ sagte in verbiffener But Sokolowitsch, schritt selbstbewußt an ihm vorbei, steckte ihm jedoch dabei einen halben silbernen Rubel in die Hand.
(Schluß folgt.)

Raus aus der Mottenkiste!



Wie ist doch 'ne Nosverordnung scharmant;
Vater Hindenburg ist unser Kammerfergeant!
Er holt aus der Kiste die Helme, die Orden;
Sie waren beinahe schon schimmelig geworden.



Den mangelnden Geist verdeckt ganz enorm
Die blinkende Friedensuniform.
Antreten! Augen rechts! Heraus aus dem Grab!
Gefahr nimmt die Parade ab.

Arbeiterbildung in England.

Von Wily Möbus.

Wissen ist Macht! Dieser uralte Satz, der für jeden denkenden Arbeiter etwas Selbstverständliches sein sollte, ist noch immer weit davon entfernt, von allen anerkannt zu werden.

Vor kurzer Zeit habe ich Gelegenheit gehabt, einen Einblick in die Bildungsbestrebungen der englischen Arbeiterbewegung zu erhalten. Auch hier ist das Ziel klar erkannt. Die Zahl der Arbeiterstudenten wächst ständig, aber die Zahl der Studierenden, der strebend sich Bemühenden, ist, selbst im Verhältnis zur Zahl der Organisierten, viel zu gering. Die englischen Gewerkschaften zählen nach der Angabe des „Labour Year Book“ 4 328 235 Mitglieder. Die beiden großen Bildungsvereinigungen der Arbeiterschaft, die „Arbeiterbildungsvereingung“ (Workers' Educational Association) und der „Nationalrat der Arbeiterschulen“ (The National Council of Labour Colleges) vereinigten im letzten Jahre nur etwa 45 000 Mitglieder in ihren Volkshörsen. Etwa die gleiche Anzahl mag an den eingerichteten Kurskursen und den Einzeloorträgen teilgenommen haben. In den beiden ständigen Schulen, dem Rustin College in Orford und dem Central Labour College in London, werden etwa insgesamt 100 Arbeiter und Arbeiterinnen in ein- oder zweijährigen Tageskursen unterrichtet. Wenn man die Zahl der an ihrer geistigen Ausbildung arbeitenden englischen Werttätigen auf etwa 100 000 schätzt, so erkennt man, welche ungeheure Leistung auch in England noch zu vollbringen ist, bevor von einer wahrhaften geistigen Erweckung der Arbeiterschaft gesprochen werden kann, insbesondere wenn man nicht vergißt, daß in der obengenannten Zahl der Gewerkschaftsmitglieder natürlich nicht die Angehörigen enthalten sind, daß aber von diesen viele in der Zahl der Arbeiterstudenten mitgezählt wurden.

In der englischen Arbeiterbildungsbewegung ringen zwei Grundanschaffungen miteinander. Die Workers' Educational Association (WEA) vertritt die Meinung, daß ein Unterschied sei zwischen wahrer Bildung und der nur im Hinblick auf die einseitige Agitation vermittelten. Sie erklärt, daß man den Arbeiter dazu erziehen müsse, die Tatsachen zu studieren, um so zu durchdringendem Wissen zu gelangen. Der Arbeiter dürfe nicht auf ein Parteidogma eingedrückt werden, sondern müsse fähig sein, aus eigener freier Entscheidung seine Meinung zu bilden und dann auch die Partei zu wählen, zu der er sich innerlich berufen fühle. Sie ist aber auch der Ansicht, daß ein Mensch, der mit den Problemen der Gegenwart

und Vergangenheit tief innerlich gerungen hat, fest und unverrückt im heißesten Kampf seinen Mann stehen könne und daß nur aus solchen gut vorgebildeten Kämpfern die Sturmtruppe der Arbeiterschaft entstehen könne. Sie ist mit dieser von ihr verfochtenen Ansicht in sehr guter Gesellschaft. Sean Laurens hat einmal dem Sinne nach folgendes gesagt: „Wenn wir Sozialisten dazu kommen sollten, eigene Schulen zu gründen, so werden unsere Lehrer das Wort Sozialismus vor ihren Kindern nicht erwähnen, sie werden sie vielmehr zu jenem hohen Maß von Denken erziehen, daß sie selber einst befähigt, Sozialisten zu werden.“

Im Gegensatz hierzu vertritt die National Council of Labour Colleges (NCLC) die Auffassung, daß man den Arbeiter nur im parteipolitischen Sinne und im Hinblick auf die parteipolitische Agitation unterrichten müsse.

In der Auffassung der WEA liegt sicherlich die größere geistige Freiheit und mit Stolz weist ihr Sekretär Benno Macavish auf die große Zahl tüchtiger Arbeiter hin, die mit Erfolg für die englische Arbeiterbewegung wirken, nachdem sie ihre Ausbildung bei der WEA empfangen haben. Der Streit um die richtige Grundauffassung hat manche erregte Diskussion innerhalb der englischen Arbeiterschaft veranlaßt. Die WEA aber erklärt, daß sie ihre Ziele in enger Verbindung mit den Gewerkschaften weiter verfolgen werde und daß sie keine Zeit habe, sich in einen solchen zeitraubenden Streit einzulassen. Jeder Arbeiter möge sich zu irgendeiner Auffassung bekennen, dann aber möge er an seiner Bildung arbeiten. Das noch zu beackernde Gebiet sei so groß, daß sogar für die beiden widerstrebenden Auffassungen noch Raum genug vorhanden sei.

Die gleiche Geistesfreiheit, die die WEA in diesem Streit vertritt, findet man auch in ihrem inneren Aufbau. Schon die Einrichtung der Kurse erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Werttätigen, die sie fordern. Die Teilnehmer wählen ihre Unterrichtsfächer, ihren Lehrer und bestimmen die Unterrichtsmethode. Es ist also sowohl die Bildung der Arbeitsgemeinschaft, als auch der Vortrag des Lehrers und endlich sind Abarten zwischen diesen beiden Methoden möglich. Unterrichtet wird über alles, was der Arbeiter an allgemeinem und sozialem Wissen in sich aufnehmen muß, nur das Fachwissen wird den Fachschulen zu lehren überlassen. Steis findet im Anschluß an den Unterricht eine freie Aussprache statt, so daß Irrtümer und auf Mißverständnissen beruhende falsche Schlußfolgerungen sofort berichtigt werden können.

Die WEA hat sich mit den englischen Universitäten in Verbindung gesetzt, um von ihnen geschulte Lehrkräfte zu erhalten. Es ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte der englischen Universitäten, daß sich eine große Zahl ihrer Professoren in den Dienst der Arbeiterbildung gestellt hat. Bei der Art des Unterrichts empfangen die Lehrer wiederum wertvolle Einblicke in das Leben der Arbeiterschaft und so ist es möglich, das Band um Hand- und Kopfarbeiter enger zu schlingen und zu einem gegenseitigen Verstehen zu gelangen, das in der Zukunft die besten Folgen haben kann.

Die WEA hat ihre Organisation über das ganze Land ausgedehnt. Der größte Teil ihrer Kurse besteht aus zwölf Einzelstunden, daneben aber gibt es auch Lehrgänge, die Jahre umfassen und Kurskurse von sechs bis acht Einzelstunden, sowie zahlreiche Einzeloorträge. In der Verwaltung sitzen Delegierte des Gewerkschaftskongresses, zahlreiche Vereinigungen und Gewerkschaften haben sich neben Tausenden von Einzelmitgliedern ihr angeschlossen. Die WEA legt großen Wert auf das Zusammenarbeiten mit dem Unterrichtsministerium und den für die Bildungsarbeit verantwortlichen Gemeindebehörden. Sie erhofft dadurch nicht nur eine Förderung der jetzt schon von ihr — geistig völlig frei und unabhängig — geleiteten Bildungsarbeit, sondern erwartet davon auch größeren Erfolg bei ihren auf die Umgestaltung des jetzigen allgemeinen öffentlichen Erziehungswesens gerichteten Bestrebungen. Sie vergißt dabei aber niemals, daß die Wurzeln ihrer Kraft und des endlichen Erfolges allein in dem unerbürdlichen Vertrauen der Arbeiterschaft liegen, für die sie und mit der sie gemeinsam schaffen will.

Das „National System of Education“, die Grundzüge für die allgemeine öffentliche Erziehung, die die WEA fordert, umfassen die Erziehung und Kleinkinderschulen (Nursery-Schools), die Erziehung in der Grundschule (Primary Education) vom 5. bis 15. Jahre, im Anschluß daran den Unterricht für Befähigte in Fortbildungsschulen mit ganztägigem Unterricht (Secondary Education), sowie die Regelung des Universitätsstudiums in der Weise, daß auch dem Vermögen, der die nötige Befähigung aufweist, der Besuch unter allen Umständen möglich gemacht wird. Ferner wurden bestimmte Forderungen für die Ausbildung der Lehrerschaft aufgestellt und für diese ausreichende Ferien und völlige Lehrfreiheit gefordert. Neben der geistigen tritt die WEA für körperliche Erziehung und ärztliche Ueberwachung der Schüler ein.

Die WEA begann ihre Tätigkeit im Jahre 1903. Ueber den Umfang ihrer Arbeiten gibt die folgende Tabelle Aufschluß:

Kurse	1903	1907	1910	1914	1919	1924
Studenten	—	2	80	145	229	1 100
Angeschlossene Vereinigungen	12	283	1889	2 555	2 526	2 540
Einzelmittglieder	77	2612	5609	11 480	17 136	28 596

Die NCLC unterhält in London das „Labour College“, die Arbeiterschule. Sie richtet ebenfalls überall da, wo es nötig wird, Kurse ein, und erteilt auch schriftlichen Unterricht. Unterrichtsgegenstände sind: Wirtschaft, Partei- und Gewerkschaftsgeschichte, Wirtschaftsgeographie, Genossenschaftswesen, Soziologie, Biologie, Psychologie und Logik, Redekunst, Imperialismus, Geschichte des Kapitalismus usw. Schon die Aufzählung der Unterrichtsfächer — ist erkennen, daß die beiden englischen Bildungsvereinigungen sich sehr wohl zu ergänzen vermögen. Auch die NCLC arbeitet mit einer ganzen Reihe von Gewerkschaften, die sie auch finanziell unterstützen. Im Jahre 1923/24 hat sie 698 Abendkurse mit 16 900 Teilnehmern abgehalten. Im letzten Jahre war die Zahl der Teilnehmer auf 21 000 angewachsen.

In Schottland bestehen ebenfalls Bildungsorganisationen, die mit denen in England übereinstimmen.

Es bleibt noch übrig, die Arbeiter-Reise-Vereinigung (Workers' Travel Association, WTA) zu erwähnen. Sie wurde zu dem Zweck gegründet, durch Veranstaltung von Arbeiterstudienreisen innerhalb Englands und auch nach dem Auslande die internationale Verständigung zu fördern und so dem Weltfrieden zu dienen. Die Vereinigung erhält sich selbst durch ihre Mitgliederbeiträge. Alle Kosten werden so niedrig wie möglich gehalten, etwaige Ueberflüsse dienen dem Ausbau der Organisation. Durch die Studienreise soll auch das Interesse für die Geschichte der betreffenden Länder, ihre geographische Lage, für Literatur und Sprache geweckt werden. Im Jahre 1924 wurden 2500 englischen Arbeitern Auslandsreisen ermöglicht. In den Sprachkursen wurden bisher 250 Schüler in Deutsch, Französisch und Italienisch unterrichtet. Im Jahre 1925 wurden Reisen nach Deutschland, Rußland, Belgien, Italien und der Schweiz veranstaltet und auswärtigen Arbeitern Führer für die Besichtigung von London und anderen englischen Orten gestellt.

Überall sehen wir frisches geistiges Streben emporkeimen. Aus kleinen Anfängen haben sich beachtenswerte Organisationen zur Förderung der Bildungsarbeit in England entwickelt. Man darf hoffen, daß sich nicht nur hier, sondern überall die klare Erkenntnis durchziehen wird: Nur mit geschulten und durchgebildeten Arbeitern läßt sich die Befreiung der Arbeiterklasse und damit der Menschheit ermöglichen.

*) Ein bekanntes Restaurant.

